

Ökologie**Politik**

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

Nr. **201** | Dez. 2025

ENTWURF

**Kommunal-
politik**

ödp

Titelthema: Kommunalpolitik

- 4 **Kurzmeldungen**
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 6 **Stadt Herborn /Hessen**
„Die Bürger sind hier skeptisch gegenüber den Grünen“
Interview mit Frank Deworetzki
- 8 **Marktgemeinde Oberstdorf**
„Ich habe viele Debatten angestoßen“
Interview mit Michael Finger
- 10 **Stadt Nürnberg**
„Eine konsequentere Umweltpolitik als die Grünen“
Interview mit Inga Hager
- 12 **Gemeinde Denzlingen**
„Der direkte Kontakt zu den Bürgern ist entscheidend“
Interview mit Markus Hollemann
- 16 **Stadt und Landkreis Eichstätt**
„Wir wollten in den Kreistag und Stadtrat,
um etwas zu bewegen“
Interview mit Willi Reinbold
- 18 **Gemeinde Parkstetten**
„Persönlichkeit ist wichtiger als Parteizugehörigkeit“
Interview mit Peter Seubert
- 20 **Landeshauptstadt Mainz/Rheinland-Pfalz**
„Wie die ÖDP zum politischen Faktor wurde“
von Dr. Claudius Moseler
- 22 **Landkreis Regensburg**
„Sich durch Sachlichkeit und Pragmatismus auszeichnen“
Interview mit Claudia Wiest

ÖDP – Neues aus der Partei

- 24 **Bundesvorstand**
Weihnachten – ein gutes Zeichen für uns alle
von Günther Brendle-Behnisch
- 26 **Bundesverband**
Bericht zum 65. Bundesparteitag in Bingen am Rhein
von beatrixGünther Brendle-Behnisch
- 32 **EU-Abgeordnete Manuela Ripa**
Die EU-Gesundheitspolitik im Griff der Lobbyisten
- 34 **JÖ – jung. ökologisch – Bundesversammlung 2025**
- 35 **Landesverbände**
- 44 **Bundesarbeitskreis Frauen**
- 46 **ÖDP aktiv! – Veränderung beginnt vor Ort**
- 48 **Maria Opitz-Dollinger Stiftung**

Foto Baum: Ungureanu Liviu/shutterstock.com; Foto Tierstein: jammolik/pixabay.com



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

In der politischen Kommunikation scheint es nur noch zwei Grundemotionen zu geben, schreibt der österreichische Politikberater Thomas Hofer: die Hoffnung und die Angst. Und da es für die Hoffnung zukunftsfähige und glaubwürdige Konzepte braucht, wird meist der leichtere Weg gewählt und Angst geschürt. Die vernebelt den Verstand, polarisiert und heizt das politische Klima auf. Statt sachlicher Auseinandersetzungen, statt eines Wettbewerbs um bessere Argumente, geht es dann vornehmlich um die Abwertung des politischen Gegners. Vernünftige Ideen und Konzepte tun sich in solch einer Atmosphäre schwer, Beachtung zu finden und Resonanz zu erzeugen.

In der Kommunalpolitik läuft das glücklicherweise noch etwas anders. Denn die ist nicht so abstrakt wie die „große Politik“, sondern viel konkreter. Und man kennt sich persönlich. Das ist wichtig, weil: Menschen wählen Menschen! Kommunale Mandatsträger agieren nicht weit entfernt in Hauptstädten, sondern vor Ort. Sie wohnen dort, sie leben dort. Sie kennen viele ihrer Wähler persönlich. Und auch viele ihrer Nicht-Wähler. Sie begegnen ihnen immer wieder, müssen mit ihnen reden, müssen ihnen zuhören, müssen ihnen antworten. Ideologische Borniertheit, Abgehobenheit und Phrasendrescherei kommen da nicht gut an, Leidenschaft, Weitsicht, Augenmaß, Pragmatismus und Ehrlichkeit dagegen schon.

Wahrscheinlich ist die ÖDP deshalb auf kommunaler Ebene so erfolgreich. Bundesweit hat sie derzeit rund 530 kommunale Mandate inne. In Bayern stellt sie 6 Bürgermeister sowie 2 Zweite und 10 Dritte Bürgermeister, in Baden-Württemberg bis vor Kurzem 16 Jahre lang 1 Bürgermeister. Diese positive Bilanz gilt es im kommenden Jahr zu verteidigen und auszubauen. Denn im März sind in Bayern und Hessen Kommunalwahlen, im September in Niedersachsen. Aus diesem Grund widmet sich diese Ausgabe der ÖkologiePolitik der Kommunalpolitik – genauer gesagt: der ÖDP in der Kommunalpolitik. 9 kommunale Mandatsträger berichten von ihrer politischen Arbeit und ihrer Motivation.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren sowie ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, wünschen Ihnen Ihre

Günther Hartmann und Jan Altnickel

PS: Weitere Artikel, Interviews, Kolumnen und Buchrezensionen finden Sie auf der www.oekologiepolitik.de, die Aufzeichnungen von „ÖkologiePolitik im Dialog*“ und andere Videos unter www.t1p.de/1s8ew.

Günther
Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



**Verkehrspolitik:
Deutschlandticket statt
Dienstwagenprivileg!**

Die geplante Preiserhöhung des Deutschlandtickets zeigt nach Meinung der ÖDP überdeutlich die Fehlsteuerung der Verkehrspolitik durch die



Foto: hpguesen/pixabay.com

Regierung Friedrich Merz' auf. Während die Förderung des klimafreundlichen Deutschlandtickets bei 1,5 Mrd. Euro verbleibt, subventioniert der Bund die Autoindustrie und Besserverdienende über das Dienstwagenprivileg mit ca. 5,5 Mrd. Euro jährlich.

**Europa: Nachholbedarf beim
Schutz vor Waldbränden**

Europas Wälder brannten im zurückliegenden Sommer wie noch nie: über 10.000 km2. Habitate wurden vernichtet, Menschen verloren Hab und Gut – einige ihr Leben. In Deutschland vernichteten Feuer zehnmal mehr Fläche als üblich. Manuela Ripa, Europaabgeordnete der ÖDP: „Der

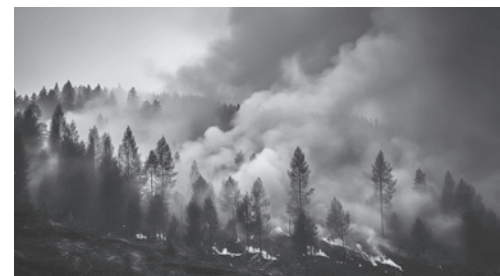


Foto: Viad Alivazovsky/pixabay.com



Klimawandel verstärkt Hitzewellen, doch die Ursachen für die verheerenden Brände liegen tiefer. Jahrzehntlang verlassene und vernachlässigte Landflächen, eine problematische Forst- und Umweltpolitik sowie fehlende Vorsorge haben Brände in vielen Regionen überhaupt erst so gefährlich gemacht.“

**Wirtschaftsförderung:
Vor allem für Zukunftsindustrien!**

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) denkt über ein Aus der Förderung privater Solaranlagen nach. Für die ÖDP stellt dies eine drastische Gefähr-

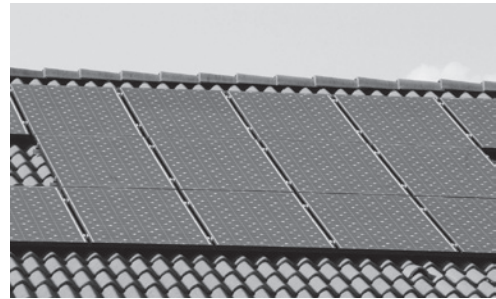


Foto: sterratio1968/pixabay.com

dung für die deutsche Solarwirtschaft dar. Förderung der Wirtschaft scheint für die CDU-Ministerin nur gut zu sein, wenn diese traditionelle Industrien beglückt. „Zukunftsindustrien scheinen für Reiche nicht förderfähig zu sein“, kommentiert Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Mitglied des ÖDP-Bundesvorstands.

**Gletscher-Gipfel: Mehr Schutz
für Bayerns Bergwelt!**

Auf der Zugspitze haben sich Akteure aus Politik, Wissenschaft, Bergsport und Naturschutz zusammengeschlossen und gemeinsam die Resolution „Unsere Gletscher, unsere Berge: Heimat bewahren!“ verabschiedet. Sie fordern konsequenten Schutz

für Artenvielfalt und Bergwälder sowie ein klares Bekenntnis zum Ziel „klimaneutrales Bayern 2040“. Tobias Ruff, Landesvorsitzen-



Foto: manfredrichter/pixabay.com

der der ÖDP Bayern: „Die Berge sind kein Gewerbegebiet und keine Event-Arena! Sie brauchen gerade in Zeiten des Klimawandels besonderen Schutz!“

**NRW: Volksbegehren gegen
private Feuerwerke**

Ein Volksbegehren für mehr Sicherheit, Umweltschutz und klare Regeln an Silvester hat die ÖDP NRW gestartet. Nach den chaotischen Zuständen zum Jahreswechsel 2024/25 will sie private Feuerwerke rechtlich regeln und langfristig den Weg zu ei-



Foto: Till Friers Photography/pixabay.com

nem „böllerfreien NRW“ bereiten. Detaillierte Infos und Unterschriftenformulare: www.boellerfrei.nrw

**Zunehmende Antibiotika-Resistenz:
Gefahr für Menschenleben!**

Die Gefahr durch Antibiotikaeinsatz – vor allem in der Massentierhaltung! – steigt weiter: Zahlen der EU und der WHO ma-

chen die Dimension des Gesundheitsproblems mehr als deutlich. Demnach würde eine weitere Zunahme antimikrobieller Resistenzen weltweit zu schätzungsweise 10 Mio. Todesfällen pro Jahr und zu einem Rückgang des weltweiten Bruttoinlandsprodukts um 2 bis 3,5 % führen.

**Petition gegen Tierquälerei: Video-
überwachung in Schlachthöfen**

Um die grausame Behandlung von Tieren in Schlachthöfen zu stoppen, startete die ÖDP eine Petition an den Deutschen Bundestag: Video-Überwachungen sollen verhindern, dass Rinder und Schweine unnötig-



Foto: jai79/pixabay.com

gem Stress und Gewalt ausgesetzt sind. Die ÖDP hofft auf 30.000 Unterstützer. Unterschrieben werden kann die Petition online: www.t1p.de/qv90m

**Petition für konsequenten
Klimaschutz: Keine Rolle rückwärts!**

Damit die bundespolitischen Beschlüsse zum Klimaschutz nicht aufgeweicht, das Verbrenner-Aus und andere konkrete Maßnahmen nicht verschoben werden sowie das von der letzten Bundesregierung versprochene Klimageld endlich eingeführt wird, startete die ÖDP eine Petition an den Deutschen Bundestag. Unterschrieben werden kann die Petition [online: www.keine-rolle-rueckwaerts.de](http://www.keine-rolle-rueckwaerts.de)



Stadt Herborn/Hessen

„Die Bürger sind hier skeptisch gegenüber den Grünen“

Im mittelhessischen Lahn-Dill-Kreis liegt die Stadt Herborn mit 20.000 Einwohnern. In ihrer 37-köpfigen Stadtverordnetenversammlung ist die ÖDP mit einem Mandat vertreten. Und im Stadtteil Uckersdorf stellt sie den Ortsvorsteher.

Interview mit Frank Deworetzki

ÖkologiePolitik: Herr Deworetzki, wie ist denn die Situation der ÖDP in der hessischen Kommunalpolitik?

Frank Deworetzki: Wir haben in Hessen insgesamt 144 Mitglieder, keine Kreis- und erst recht keine Ortsverbände – aber trotzdem 6 Mandatsträger. Unser Ziel ist es, bei den nächsten Kommunalwahlen – die üb-

„Zur ÖDP bin ich wegen ihres Programms. Das hat mich überzeugt. Und das überzeugt mich nach wie vor.“

rigens eine Woche nach den bayerischen Kommunalwahlen stattfinden – 10–12 Mandatsträger zu erreichen. Dafür führe ich derzeit umfangreiche Schulungen über die Kommunalpolitik durch – Schwerpunkte: Ortsbeirat und Stadtparlament. Die Schulungen sind sehr gut besucht. Ihr Ziel ist es, die Interessierten so fit zu machen, dass sie in einem Wahlkampf bestehen können, nicht an Formalien scheitern und sich mit einem gut durchdachten Programm von den politischen Marktbegleitern unterscheiden.

Wie haben Sie es in den Gemeinderat von Herborn geschafft?

Über eine unabhängige Liste – wie alle ÖDPler in Hessen. Für eine eigene Liste sind

Frank Deworetzki
 Jahrgang 1965, ist Dipl.-Ing. Elektrotechnik und im Qualitätsmanagement tätig. Nach politischen Engagements bei anderen Parteien trat er 2014 der ÖDP bei, ist seither Mitglied im Landesvorstand der ÖDP Hessen und seit 2016 Mitglied in der Herborner Stadtverordnetenversammlung. Zudem ist er seit 2001 Mitglied im Ortsbeirat des Stadtteils Uckersdorf und seit 2008 Ortsvorsteher.
www.oedp-hessen.de



13 Parteimitglieder notwendig. So viele haben wir weder in Herborn noch anderswo.

Wie ist Ihr Gemeinderat zusammengesetzt?

Von den 37 Sitzen der Stadtverordnetenversammlung, wie das hier offiziell heißt, hat die CDU als stärkste Partei 11 Sitze, gefolgt von der SPD mit 8, den Grünen mit 6, der Freien Wählergemeinschaft mit 5 sowie der Sozialgruppe Herborn (SGH), der FDP

„Die Bürger sind hier gegenüber der ÖDP sehr aufgeschlossen.“

und der AfD mit jeweils 2. Bei der SGH bin ich dabei. Da die AfD bei der Bundestagswahl auf über 20 % kam, fürchten viele, dass sie bei den Kommunalwahlen noch besser abschneidet.

Wie kommt es, dass die AfD in Herborn so stark wurde?

Die AfD wird vor allem als Zeichen des Protests gewählt. Das sieht man schon daran, dass auf den Wahlscheinen nur die Liste angekreuzt wird, keine Kandidaten. Was hier für großen Unmut sorgt, sind die hohen

„Mit den Themenschwerpunkten und dem Politikstil der Grünen können hier viele nichts anfangen.“

Energiepreise, der extrem schlechte ÖPNV im ländlichen Raum und die Transformation der Wirtschaft weg von der Industrie hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Der Lahn-Dill-Kreis hatte mit Abstand die höchste Quote an Industriearbeitsplätzen in Hessen. In den letzten Jahren sind mehr als 5.000 Arbeitsplätze verloren gegangen und die lokale Politik kann nur zuschauen. Unmut und politische Radikalität sind die Folge.

Was haben Sie als ÖDPler in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?

Einiges! Die Schaffung einer Haltestelle für Intercityzüge. Die Ausarbeitung eines Konzepts für die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Ein Verbot von Reinigungsmitteln mit Nanopartikeln in allen öffentlichen Einrichtungen. Ein Verbot von 5G-Funkmasten auf Orten mit empfindlicher Nutzung (OMeN) wie Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Bei Neubaugebieten die Regelung, dass Zweifamilienhäuser mit jeweils 1 Sozialwohnung Vorrang vor Einfamilienhäusern haben. Und die Schaffung einer Strukturkommission zur Reduzierung der Schulden.

Welche Themen werden in der nächsten Legislaturperiode wichtig sein?

Bei knapp 70 Mio. Euro Schulden bleibt da leider wenig Handlungsspielraum. Soziale Gerechtigkeit ist nun gefragt. Fördern

und fordern. Die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, die Verkehrsberuhigung in den Ortsteilen, vor allem in den Ortseingängen. Die Sicherung und eventuelle Erweiterung des Einkaufsangebots für die Stadtteile, die heute meist keinen Einzelhandel mehr haben. Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, vor allem auf Industriebrachen.

Werden Sie wieder antreten?

Selbstverständlich. Als ÖDPler auf der schon erwähnten Gemeinschaftsliste SGH und auf der Gemeinschaftsliste für den Ortsbeirat von Uckersdorf, dem ich seit 2001 angehöre und dessen Ortsvorsteher ich seit 2008 bin.

Waren Sie vor der ÖDP in anderen Parteien aktiv.

Ja, in den frühen 1980er-Jahren bei den Grünen. Nach 15 Jahren bin ich ausgetreten und kam über die SPD in den Ortsbeirat.

„Herborn ist ländlicher Raum. Da passt die ÖDP viel besser rein.“

Dort bin ich nach 7 Jahren wieder raus, weil sich CDU und SPD kaum unterscheiden. Mein Herz brennt für den ländlichen Raum und für die Ökologie. Deshalb bin ich 2014 zur ÖDP.

Warum zur ÖDP?

Wegen ihres Programms. Das hat mich überzeugt. Und das überzeugt mich nach wie vor.

Wie kommt die ÖDP denn bei den Bürgern an?

Gut. Die Bürger sind hier gegenüber der ÖDP sehr aufgeschlossen – und skeptisch gegenüber den Grünen, mit deren Themenschwerpunkten und Politikstil hier viele nichts anfangen können. Herborn ist ländlicher Raum. Da passt die ÖDP viel besser rein.

Herr Deworetzki, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Marktgemeinde Oberstdorf

„Ich habe viele Debatten angestoßen“

Die Marktgemeinde Oberstdorf liegt im schwäbischen Landkreis Oberallgäu, ist die südlichste Gemeinde Deutschlands, lebt vor allem vom Tourismus und hat 9.000 Einwohner. In ihrem 20-köpfigen Gemeinderat sitzt 1 ÖDPLer.

Interview mit Michael Finger

ÖkologiePolitik: Herr Finger, wie setzt sich Ihr Gemeinderat zusammen?

Michael Finger: Der wird von der CSU mit 7 Mandaten – inklusive Bürgermeister – und den Freien Wählern mit 5 Mandaten dominiert. Ich als ÖDPLer kam über die Liste der Grünen rein.

Warum über die Liste der Grünen?

Für eine eigene Liste ist die ÖDP in Oberstdorf inzwischen zu klein. Früher war das noch anders, da hatten wir eine. Heute nicht mehr. Es kommen zu wenig Junge nach. Die gehen lieber zu einer der anderen Parteien. Zu einer von denen, die gerade in Mode sind und stärker polarisieren. Oder zur CSU oder zu den Freien Wählern, wenn sie eine politische Karriere machen wollen. Weil wir als ÖDP mit keiner eigenen Liste antraten, war ich natürlich froh, als mich die Grünen einluden, auf ihrer Liste zu kandidieren – und sagte gerne zu.

Wieso laden die Grünen einen ÖDPLer ein?

Weil ich in unserer Gegend durch mein umwelt- und kommunalpolitisches Engagement sehr bekannt bin. Weil ich ein gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern habe. Und weil ich einfach ein bunter Hund bin.

Wie ist es, einer Fraktion der Grünen anzugehören?

Das klappt gut. Wir sind zu dritt: zwei Frauen der Grünen und ich. Natürlich kann ich keine Alleingänge machen, sondern muss mich vorher mit ihnen absprechen.

„In unserer Gegend bin ich durch mein umwelt- und kommunalpolitisches Engagement sehr bekannt. Und einfach ein bunter Hund.“

Aber das wäre bei einer ÖDP-Fraktion nicht anders gewesen. Alleingänge bringen nichts, bringen keine stabilen Lösungsansätze. Um etwas zu bewirken, muss man viel reden. Hinter den Kulissen. Und das tue ich.

Was haben Sie in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?

Wir haben einen kostenfreien ÖPNV für unsere Gäste eingeführt. Und für unsere Bürgerinnen und Bürger eine „Bürgerkarte“. Die heißt seit diesem Jahr „DaheimPass

Michael Finger

Jahrgang 1971, war von Beruf Rettungssanitäter und ist seit einem Motorradunfall im Jahr 1997 querschnittsgelähmt. Der ÖDP trat er 2011 bei. Seit 2020 ist er Mitglied des Oberstdorfer Gemeinderats.
www.oedp-oberstdorf.de



Die Marktgemeinde Oberstdorf liegt in den Alpen und dementsprechend stellt der Tourismus den wichtigste Wirtschaftszweig dar.

und MobilPass“, kostet für Erwachsene 260 Euro und beinhaltet neben dem ÖPNV auch Bergbahnen, Bäder, Museen, die Breitachklamm und Ermäßigungen bei vielen Sportveranstaltungen. Ich persönlich habe viele Debatten angestoßen. Das ist mir sehr wichtig. Ohne Debatten keine Veränderung.

Was für Debatten haben Sie angestoßen?

Eine über Overtourismus beispielsweise. Der Tagestourismus nimmt bei uns überhand. Die meisten Touristen kommen mit dem eigenen Auto. Und die Gemeinde soll für ausreichend Parkplätze sorgen. Deren Errichtung ist aber teuer und die daraus resultierenden Einnahmen sind überschaubar. Parken ist meiner Meinung nach viel zu billig. Das Geld, das wir in Parkplätze investieren, fehlt anderswo: z. B. bei der Errichtung bezahlbaren Wohnraums. Oder bei der Schulsanierung. 3 Schulen haben wir in Oberstdorf, davon müssen 2 – die Mittelschule und das Gymnasium – dringend saniert und modernisiert werden. Das halte ich für sehr wichtig – für unsere Kinder und für den Ort, damit die Kinder später nicht

wegziehen, weil ihnen die Bindung zum Ort fehlt.

Was für Anliegen haben Sie noch?

Das Thema „Wasser“ ist mir noch wichtig. Wasser ist ein Gemeingut, gehört also allen – und deshalb darf seine Nutzung nicht privatisiert werden. Und wenn doch, wie das z. B. durch Wasserkraftwerke passiert, dann

„Um etwas zu bewirken, muss man viel reden. Hinter den Kulissen. Und das tue ich.“

muss ein Teil des damit erwirtschafteten Gewinns den Bürgern zugutekommen.

Das ist jetzt aber eher ein landespolitisches Thema, oder?

Ja, aber die Debatte darüber muss auf lokaler Ebene beginnen. Die muss jemand anstoßen und so lange am Laufen halten, bis sie zu einem Ergebnis führt. Das ist die Chance, etwas zu verändern. Deshalb rede ich und rede ich und rede ich.

Herr Finger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Stadt Nürnberg

„Eine konsequentere Umweltpolitik als die Grünen“

Die mittelfränkische Stadt Nürnberg ist mit seinen 530.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Bayerns. In seinem 70-köpfigen Stadtrat hat die ÖDP 2 Mandate inne.

Interview mit Inga Hager

ÖkologiePolitik: Frau Hager, wie viele Mandate hat die ÖDP im Nürnberger Stadtrat? Und seit wann?

Inga Hager: 2008 errang die ÖDP erstmals 1 Mandat, seit 2014 hat sie 2 inne. Seit 2020 bin ich dabei.

Wie hat die ÖDP das geschafft?

Wir pflegen gute Beziehungen zu lokalen Umweltschutzgruppen, Bürgerinitiativen und kirchlichen Gemeinschaften – und kriegen als Rückmeldung oft zu hören, dass wir eine konsequentere Umweltpolitik ver-

„Wir pflegen gute Beziehungen zu lokalen Umweltschutzgruppen, Bürgerinitiativen und kirchlichen Gemeinschaften.“

folgen als die Grünen. Vermutlich wurden wir deshalb gewählt.

Wie setzt sich denn der Nürnberger Stadtrat zusammen? Und wie können Sie sich da einbringen?

Er besteht aus insgesamt 70 Mandatsträgern, wobei die CSU die größte Fraktion ist und auch den Oberbürgermeister stellt. Wir 2 ÖDPler sind in einer Ausschussgemeinschaft mit 2 ehemaligen Freien Wählern, einem FDPler sowie je einer Kollegin von der „Linken Liste“ und der Wählergemeinschaft „Die Guten“.

Welchen Themen widmen Sie sich im Stadtrat?

Mein Kollege Jan Gehrke befasst sich vor allem mit der Verkehrspolitik, dem Sport und der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Ich konzentriere mich vor-

Inga Hager

Jahrgang 1968, ist von Beruf Physiotherapeutin und seit 2009 ÖDP-Mitglied. Im Vorstand des ÖDP-Kreisverbands Nürnberg hatte und hat sie seit 2010 verschiedene Funktionen inne. Seit 2020 ist sie in Nürnberg Stadträtin.

www.oedp-nuernberg.de



nehmlich auf den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie eine nachhaltige Bauwirtschaft im Sinne von Umbau vor Neubau.

Was haben Sie in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?

Das von uns mitinitiierte Bürgerbegehren „Nürnberg – grün und lebenswert“ wurde von den großen Fraktionen wortgleich beschlossen. Da ging es darum, zu verhindern, dass bislang unbebaute, vornehmlich landwirtschaftlich genutzte Flächen zum Bauland umgewidmet und dann versiegelt werden. Denn die Wohnungsnot in Nürnberg nimmt zu – durch einen steti-

gen Anstieg der Pro-Kopf-Wohnfläche und durch Zuzug.

Wie soll der Wohnungsnot begegnet werden?

Eine unserer Ideen ist eine kommunale Vermittlungsstelle für Wohnungstausch. Denn viele Menschen wohnen nach dem Auszug von Angehörigen in zu großen Wohnungen. Auch sollten leer stehende Bürogebäude zu Wohnraum umgebaut werden. Stichwort: Suffizienz!

Was haben Sie noch erreicht?

Die Straßenbäume – eh viel zu wenige, da viele Jahrzehnte das Leitbild „autogerechte Stadt“ verfolgt wurde – werden besser gepflegt und die unversiegelte Fläche um ihren Stamm wird vergrößert. Zudem wurden und blieben Themen wie „Begrünung und Entsiegelung“, „Schwammstadt“, „Stärkung des Fuß- und Fahrradverkehrs sowie des ÖPNV“ aber auch „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ durch uns präsent.

Wie stärken Sie den Fuß- und Fahrradverkehr?

Durch Tempolimits, durch neue Radwege, durch eine stärkere Beachtung von Sicherheitsaspekten – erst kürzlich verunglückte in Nürnberg wieder ein Radfahrer tödlich! – sowie durch eine Ausweitung der kommunalen Verkehrsüberwachung für eine konsequentere Ahndung von Falschparkern auf Fuß- und Radwegen.

Welche Themen stehen aktuell sonst noch an?

Der geplante Lückenschluss der Autobahn A73 (Frankenschnellweg) erregt die Gemüter. Dort staut sich während der Rushhour der Verkehr. Es ist geplant, den Durchgangsverkehr in einem Tunnel durch die Stadt zu führen. Auch wenn Ministerpräsident Söder verspricht, 80 % der Kosten von über 1 Mrd. Euro zu bezahlen, so bliebe der enorme Betoneinsatz, zusätzliche Versiegelung von mind. 10 ha Fläche und eine Autobahn Schneise mitten durch die Stadt. Statt die Durchfahrt bequemer zu machen und weiteren Verkehr anzulocken, möchten wir ein Tempolimit von 50 km/h. Das würde den Fernverkehr auf die A3 und A9 um die Stadt führen, Bäume und Grünflächen erhalten und den Anwohnern viel Lärm ersparen. Wir unterstützen das Bürgerbegehren „Lieber zurück auf Los“.

Was ist Ihr Ziel für die kommenden Kommunalwahlen?

Wir werden wieder mit einer vollen ÖDP-Liste antreten, die wir für externe Interessenten geöffnet haben. Aber die vorderen Plätze sind für Parteimitglieder reserviert. Und wir wollen natürlich mind. 2 Mandate erringen.

Frau Hager, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Visualisierung: Baulust

So könnte der „Frankenschnellweg“ nach einem Umbau ab 2040 aussehen: Im Vordergrund steht die Gesundheit der Bürger durch besseren Lärmschutz.

Gemeinde Denzlingen

„Der direkte Kontakt zu den Bürgern ist entscheidend“

Die baden-württembergische Gemeinde Denzlingen liegt rund 10 km nördlich von Freiburg im Breisgau und weist 14.000 Einwohner auf. Das Amt des Bürgermeisters hatte von 2009 bis 2025 ein ÖDP-Politiker inne.

Interview mit Markus Hollemann

ÖkologiePolitik: Herr Hollemann, warum sind Sie dieses Jahr nach 16 Jahren als Bürgermeister von Denzlingen nicht mehr angetreten?

Markus Hollemann: Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschieden, mit 53 Jahren ein neues Kapitel zu beginnen und mich neuen Herausforderungen zu stellen. Die frühe Bekanntgabe meiner Entscheidung im September 2024 sollte ausreichend Zeit für eine gute demokratische Kandidatenauswahl bieten. Auch wenn ich noch viele Projekte gerne persönlich weiter vorangetrieben hätte und die Menschen sowie Vereine im Ort mir sehr am Herzen liegen, spüre ich, dass es Zeit für Veränderungen ist. Politisch bleibe ich weiterhin

„Der Schlüssel im Wahlkampf war täglich direkter Kontakt zu den Bürgern, rasche Antworten auf Anrufe und E-Mails sowie ansprechende Wahlwerbung.“

aktiv als Kreis- und Regionalrat und engagiere mich ehrenamtlich, z. B. als Vorsitzender der „Stiftung für Ökologie und Demokratie“ sowie als Aufsichtsratsvorsitzender der „Denzlinger BürgerEnergiegenossenschaft“.

Markus Hollemann

Jahrgang 1972, studierte Betriebswirtschaft, war beruflich zunächst in der IT/TK- und später in der Erneuerbare-Energien-Branche tätig. 1989 trat er in die ÖDP ein, war von 2004 bis 2009 Vorstandsmitglied der ÖDP München und 2008 ihr Oberbürgermeisterkandidat. Von 2009 bis August 2025 war er Bürgermeister der baden-württembergischen Gemeinde Denzlingen. Seit November 2024 ist er Vorsitzender der „Stiftung für Ökologie und Demokratie“.

www.markus-hollemann.de



Wie haben Sie es 2009 geschafft, die Bürgermeisterwahl zu gewinnen?

Der Schlüssel im Wahlkampf war täglich mehrmals der direkte Kontakt zu den Bürgern an unterschiedlichen Stellen im Ort, also Termine von morgens mit Rosen vor dem Kindergarten bis abends in den Kneipen, rasche Antworten auf Anrufe und E-Mails, Fleiß und Ausdauer, ansprechende und frische Wahlwerbung, ein Unterstützerkreis, Freunde, die tatkräftig mitgeholfen haben, und der Rückhalt meiner Familie. Ganz wichtig war viel Zuhören und das Eingehen auf die Anliegen der Menschen, ohne „Wunder“ zu versprechen.

Was haben Sie in den 16 Jahren als Bürgermeister alles verändern können?

In den Jahren haben Gemeinderat und Rathausverwaltung zahlreiche Projekte realisiert, die sehr wichtig waren für Denzlingen. Sie prägen das Leben und das Miteinander nachhaltig positiv. Einige dieser Vorhaben, wie die Neugestaltung des Areals „Grüner Baum“ mit einer Straßenverbindung in beide Richtungen zwischen Rathaus und Bahnhof, die Ortsmitte mit dem Bürgerwunsch Nr. 1, einem Drogeriemarkt, der Bau des Rettungszentrums und der Ballsporthalle sowie die Begründung der Städtepartnerschaft mit Konstancin-Jeziorna in Polen werden noch lange Bestand haben.

Auf was sind Sie besonders stolz?

Dankbar und ein wenig stolz bin ich auf die Re-Kommunalisierung unseres Gas- und Stromnetzes, die Gründung der „BürgerEnergiegenossenschaft“, den Realisierungswettbewerb „Käppelematten/Unter'm Heidach“ verbunden mit dem Erwerb zahlreicher Grundstücke und der nun startenden städtebaulichen Entwicklung sowie auf unsere Maßnahmen im Bereich des sozialen kommunalen Wohnungsbaus. Und auf den enormen Ausbau der Kindertagesbetreuung – nicht nur für Unter-3-Jährige, sondern mit Wald-, Natur- und Hofkindergärten. Nahezu jedes dritte Kind im Vorschulbereich wird natur-/umweltpädago-

„Ganz wichtig war viel Zuhören und das Eingehen auf die Anliegen der Menschen, ohne ‚Wunder‘ zu versprechen.“

gisch betreut – ein Spitzenwert! Als im Jahr 2023 ausgezeichnete Klimaschutzvorreiterkommune Baden-Württembergs haben wir innovative und deutschlandweit beachtete Förderprogrammbausteine ins Leben gerufen, das kommunale Klimaschutzziel

„Klimaneutralität 2035“ gesetzt und PV-Freiflächenentwicklung gestartet. Anlauf-, Informations- und Vermittlungsstelle für bürgerschaftliches Engagement, Klimaschutzbeirat, Neubürgerempfang, Bürgerrat, Tag der Vereine, Heiligabend in Gemein-

„Der direkte Kontakt zu den Bürgern ist entscheidend, ebenso der Aufbau von Netzwerken und kontinuierliche Medienarbeit.“

schaft, Bürgerpreis, Gemeindeentwicklungsprozess 2030, offenes Bücherregal, Anschlagtafeln für Vereine, insektenfreundliche Blumenwiesen und Schwammstadtinseln, Rahmenplan Hauptstraße, Bürgerstiftung – alle diese neuen Initiativen tragen mit dazu bei, Denzlingen auch für kommende Generationen lebenswert zu gestalten. Ein Beleg dafür, dass vieles in Denzlingen gut läuft, sind die Auszeichnung als „nachbarschaftlichster Ort Deutschlands“ im Jahr 2019 und der sehr bemerkenswerte erste Platz beim „BZ-Check zur Lebensqualität“ der Badischen Zeitung im Jahr 2023. Und dieses Jahr im Juni der Gewinn des „KfW-Award Leben“ mit unserem innovativen kommunalen Nahwärmenetz. Die feierliche Auszeichnung fand im Rahmen des Deutschen Kommunalkongresses in Berlin statt. Fast 800 Vertreter von Städten und Kommunen sowie der Politik waren anwesend. Es gab sogar Sondersendungen dazu im Fernsehen. Hinter all diesen Erfolgen stecken viel Arbeit, langer Atem und überdurchschnittliches Engagement von vielen.

Was sind die wichtigsten Herausforderungen, die auf unsere Kommunen zukommen?

Die finanzielle Lage zwingt viele Kommunen an ihre Grenzen, da Pflichtaufgaben nicht mehr vollumfänglich erfüllt werden

Der Oberökobürgermeister

Kaum eine Stadt in Baden-Württemberg betreibt eine solch ambitionierte Klimapolitik wie Denzlingen. Dort regiert ein politischer Außenseiter: der ÖDP-Politiker Martin Hollemann.



Am Ballon vor Markus Hollemanns Rathausbüro prangen zwei große Photovoltaik-Paneele – als gutes Beispiel für die Bürgerschaft. Tatsächlich boomten die Balkonkraftwerke in Denzlingen.

Von Eberhard Wein
Über so etwas freut sich Markus Hollemann diebsch: Gerade hat der Oberbürgermeister Martin Horn aus dem großen Freiburg wieder einmal die Firma lobbed, ihre Zeichen-Trikotspenden der SC Freiburg gelobt und darauf hingewiesen, dass es ja auch eine gewisse Logik besitze, dass das Dienstleistungs in der Fahrradstadt Freiburg erfinden worden sei. Da kommt der lobbed Chef Holger Tumul mit einem gebirgen Geständnis auf Hollemann zu, ja, gegündet habe man die Firma in Freiburg. Der erste Termin, bei dem die Idee einer Stadtverwaltung vorgestellt wurde, sei damals aber nicht in Freiburg, sondern im kleinen Denzlingen gewesen. Offenbar wussten die Jungunternehmer recht genau, was mit ihrem innovativen Leasingmodell am besten landen konnten.

Die 14 Jahre alte Mail, mit der Tumul dem Termin bestätigte und sich für die Chance bedankte, hat Hollemann mit wenigen Mausklicks noch einmal auf den Bildschirm seines Computers befordert. Am 11. Mai ist Bürgermeisterwahl. Da will er in Denzlingen nicht nochmal anders. Mit 53 Jahren sei es an der Zeit für eine berufliche Veränderung, heißt es in einer Erklärung, die er im Internet veröffentlicht hat. Noch gibt es im Rathaus viel zu tun. Und doch nutzt Hollemann die Chance für einen kleinen Rückblick auf eine durchaus bewegte Zeit.

Ein Aushängeschild gebe verloren. „Das hat natürlicher Eindruck gemacht, wenn wir bei Veranstaltungen mit einem ÖDP-Bürgermeister verben konnten“, sagt Klant. Vor allem aber habe Hollemann immer viel zu erzählen gewusst. Bis 2023 und damit schneller als viele andere, will Denzlingen klimaneutral sein. Und kaum eine Gemeinde verfolgt dieses Ziel mit solchem Ernst und solcher Zielstrebigkeit wie Denzlingen.

Los ging es schon vor Monate nach Hollemanns Amtsantritt. Da tief der neue Bürgermeister den Chef seines Gebäudemanagements zu sich. Was er denn davon halte, für alle städtischen Einrichtungen Ökostrom zu bestellen. Der nickte und machte sich die Ausschreibung. Heute kaufen fast alle Kommunen Ökostrom ein. Doch damals war das neu. „Bis wenn mein Mitarbeiter es für eine blöde Idee gehalten hätte, hätte ich die dem Gemeinderat wohl nie vorgeschlagen“, sagt Hollemann.

Wie sah die Politikansätze von Grünen und ÖDP unterschieden, zeigt eine Anredeleiste aus dem Jahr 2016. Wegen des Flüchtlingszustroms fehlte es überall an Wohnungen. Der bei den Grünen damals noch nicht in Linde gade gefallene Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer drohte seinen Vermietern bei Leerständen mit Strafzahlungen. Hollemann hingegen beschloss mit seinem Gemeinderat einen Bonus für alle, die Wohnraum neu zur Verfügung stellten. „Ich bin nicht so sehr für Verbote“, sagt Hollemann.

Aushängeschild einer Kleinpartei
Überwachen war er 2009 ins Rathaus gewählt worden. Eigentlich hatte der örtliche Kämmerer als Favorit auf den Job gegolten. Im ersten Wahlgang lag der auch mit zweistelligem Abstand vorne. Dennoch konnte sich Hollemann durchsetzen. Dabei trug er ein virtuelles Label hinter seinem Namen, das von vielen als Handicap wahrgenommen wurde. Die meisten der mehr als 1000 Rathauschefs in Baden-Württemberg sind parteilos, jede Vierte gehört zur CDU. Zur SPD bekennen sich nur 50, zu FDP und Grünen noch viel weniger. Hollemann hingegen machte kein Geheimnis daraus, dass er das Parteibuch der Ökologisch-Greenen (ÖDP) besaß. Sieht man von einem Antkollegen aus Neuchâten ab, der sich Hubert Alwangers freien Wahlen angeschlossen hat, ist er bis heute der einzige Bürgermeister in Baden-Württemberg, der einer so genannten Splittergruppe angehört. Hollemann selbst sprach lieber von seinem „Kleinpartei“, und das tut auch Guido Klant. Für den ÖDP-Landeschef ist Hollemanns bevorstehender Rückzug ein schwerer Schlag.



Denzlingen ist eine Kleinstadt vor den Toren von Freiburg.

Die Stuttgarter Zeitung berichtete ausführlich über die Markus Hollemann und seine ambitionierte Politik als Bürgermeister von Denzlingen.

können. Die Ausgaben steigen durch Kinderbetreuung, Integration und Klimaschutz bei stagnierenden oder schrumpfenden Einnahmen. Hier muss das Konnexitätsprinzip konsequent umgesetzt werden: Bund und

„Veranstaltungen mit interessanten Themen ziehen Teilnehmer an.“

Länder müssen für die ihnen übertragenen Aufgaben die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit Kommunen handlungsfähig bleiben.

Welche Tipps können Sie ÖDP-Kreisverbänden geben, um kommunalpolitisch noch erfolgreicher zu sein und noch mehr Einfluss auszuüben?

Der direkte Kontakt zu Bürgern ist entscheidend, ebenso der Aufbau von Netzwerken und kontinuierliche Medienarbeit. Veranstaltungen mit interessanten – nicht nur aktuellen – Themen ziehen Teilnehmer an. So und über persönliche Kontakte lassen sich Interessenten einbinden, Mitglieder motivieren, Arbeit möglichst auf mehrere Schultern verteilen. Alles Punkte, die bekannt sein sollten – aber oft fehlen die Aktiven. Die Basis von erfolgreichen Verbänden ist aus meiner Erfahrung zumeist eine vertrauensvolle, oft von Freundschaft geprägte Zusammenarbeit im Vorstand.

Im November 2024 wurden Sie in der „Stiftung für Ökologie und Demokratie“ zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Was haben Sie sich vorgenommen?

Hans-Joachim Ritter, mein erster ÖDP-Bundvorsitzender, hat mir nach 32 Jahren den Vorsitz übergeben – eine große Ehre. Er und seine Frau Hildegard prägten das Wirken der gemeinnützigen, überparteilichen Organisation als Motor, Vordenker und Verantwortlicher zahlreicher hochkarätiger Bildungsreisen, wegweisender Projekte, z. B. zur Klimawandelanpassung in Kommunen, Tagungen wie der „Werkstatt

München mit Ö
So läuft's wirklich im Rathaus: Bürgermeister Hollemann packt aus
YouTube, 19.03.2025
www.t1p.de/aks5c

Markus Hollemann
Persönliche Erklärung zur Bürgermeisterwahl 2025 in Denzlingen
25.09.2024
www.t1p.de/ywq03

Demokratie“ im März oder der Vergabe der bedeutenden Preise „Goldener Baum“, „Ökologia“ und des „Europäischen Frie-

„Die Basis von erfolgreichen Verbänden ist zumeist eine vertrauensvolle, oft von Freundschaften geprägte Zusammenarbeit im Vorstand.“

denspreises“. Hans-Joachim Ritter arbeitet weiter im Vorstand mit, wofür ich dankbar bin. Als von der „Bundeszentrale für politische Bildung“ anerkannte Organisation planen wir, die politische Bildungsarbeit weiter auszubauen. Ein zentrales Thema ist dabei die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, um eine dauerhaft zukunftsfähige Wirtschaftsordnung zu fördern. Jährlich am 12. September laden wir zu einer Tagung anlässlich des „Tages der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ ein.

Bietet die Stiftung auch Schulungen zur Kommunalpolitik an?

Konkrete Schulungen sind aktuell noch nicht geplant, aber grundsätzlich könnten wir das Angebot erweitern, um die Kompetenzen in Kreisverbänden und bei Mandatsträgern zu stärken.

Herr Hollemann, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Bild: Stuttgarter Zeitung, 07.02.2025



Stadt und Landkreis Eichstätt

„Wir wollten in den Kreistag und Stadtrat, um etwas zu bewegen“

Eichstätt ist eine Große Kreisstadt im oberbayerischen Altmühltal. In der Stadt leben derzeit 14.000 Einwohner, im Landkreis 136.000. Sowohl im 60-köpfigen Kreistag als auch im 24-köpfigen Stadtrat stellt die ÖDP 2 Mandate.

Interview mit Willi Reinbold

ÖkologiePolitik: Herr Reinbold, Sie sitzen seit 29 Jahren im Eichstätter Kreistag und seit 23 Jahren im Eichstätter Stadtrat. Wie kam es dazu?

Willi Reinbold: Ich war vorher schon in lokalen Naturschutzorganisationen engagiert – und wir mussten immer wieder feststellen, dass unsere umweltpolitischen Stellungnahmen im Kreistag und im Stadtrat keine Beachtung fanden. Daraus zogen wir den Schluss, dass wir da selber rein müssen, um öffentlich angehört zu werden und etwas zu bewegen. 1995 trat ich in die ÖDP ein. 1996 trat die ÖDP erstmals für den Kreistag an und errang auf Anhieb 2 Man-

„Ich möchte nicht einmal vor meinen Enkeln dastehen und sagen, ich hätte etwas für sie machen können, habe es aber nicht gemacht.“

date – 1 davon ich. Wahrscheinlich, weil ich als Naturschützer bereits bekannt war. 2000 trat ich dann bei der Oberbürgermeisterwahl als Kandidat an – vor allem, um die ÖDP bekannter zu machen. Und 2002 erreichten wir tatsächlich auch im Stadtrat 2 Mandate – 1 davon wieder ich. Seither sind wir immer mit 2 Mandaten vertreten, was bei nur 24 Stadtratsmitgliedern ein

Willi Reinbold

Jahrgang 1952, ist Dipl.-Finanzwirt (FH) und Ökologe, trat der ÖDP 1995 bei und war lange Jahre Ortsvorsitzender in Eichstätt sowie Landes- und Bundesschatzmeister. Seit 1996 sitzt er für die ÖDP im Eichstätter Kreistag, seit 2002 im Eichstätter Stadtrat. Für sein Engagement wurde er vom Bayerischen Umweltministerium mit dem „Grünen Engel“ und vom Deutschen Bundespräsidenten mit der „Bundesverdienstmedaille“ ausgezeichnet.

www.oedp-eichstaett.de



großer Erfolg ist. Ein weiteres Mandat zu erringen, ist aber äußerst schwierig, weil durch das d'Hondtsche Auszählverfahren bei jedem Mandat die Hürde immer höher wird.

Welche Schwerpunkte hat die politische Arbeit der ÖDP jeweils?

Im Kreistag sitzen wir im Kreisausschuss, Klinikausschuss und im Natur- und Umweltausschuss – jeweils als 1 von 10 Mitgliedern. Möglich war das über eine Ausschussgemeinschaft mit 1 Parteilosen, der über die ÖDP-Liste reinkam, sowie 1 Ex-FDPLer und 1 Ex-Grünen. Im Stadtrat sind wir mit 2 Mandaten bereits eine Fraktion und damit automatisch in allen größeren Ausschüssen vertreten.

Wie haben Sie dies zeitlich geschafft?

Während meiner Berufstätigkeit, also bis 2016, über eine Gleitzeitregelung mit meinem Arbeitgeber, d.h. ich machte außerhalb der Sitzungstage entsprechend viele Überstunden.

Was hat Sie motiviert?

Ich handelte immer nach dem Motto: Ich mache das, was ich mir zutraue und was ich kann. Ich möchte nicht einmal vor meinen Enkeln dastehen und sagen, ich hätte etwas für sie machen können, habe es aber nicht gemacht.

Treten Sie bei der kommenden Wahl wieder an?

Nein, irgendwann muss dann doch Schluss sein. Jetzt dürfen die jüngeren Parteikollegen ran.

Was waren Ihre größten Erfolge?

Mein wichtigster Erfolg der letzten Jahre war wohl, dass ich den Natur- und Umweltausschuss des Kreistags überzeugte, unsere Bodenflächen nach potenziellen Mooren untersuchen zu lassen. Das Ergebnis war verblüffend: Weit über 1.000 Hektar können durch Renaturierung zurückgewonnen werden. Die Umsetzung nimmt gerade an Fahrt auf. Darüber hinaus habe ich viele kleine Naturschutzmaßnahmen bewirkt: Storchschutz, Biberschutz usw. Ein weiterer wichtiger Erfolg war, dass ich den Kreistag dazu brachte, zu beschließen, kommunale Hochbauten künftig nur noch in Holzbauweise zu errichten und dabei jeweils eine CO₂-Bilanz erstellen zu lassen. Ursprünglich lehnte unser Landrat meinen Antrag

ab, schwenkte dann aber um, als er den großen Zuspruch bemerkte, und stimmte ihm mit der leicht geänderten Formulierung „möglichst in Holzbauweise“ zu. Und tatsächlich wurde das schon in einigen Gebäuden umgesetzt. Ein dritter wichtiger Erfolg war, dass der Kreistag beschloss, bis 2035 klimaneutral zu sein und den Weg dorthin durch jährliche Berichte zu dokumentieren. Mit klimaneutral sind sämtliche Energien gemeint: Strom, Wärme und Mobilität. Es gäbe natürlich noch sehr viel mehr aufzuzählen, aber lassen wir's dabei.

Wie haben Sie das alles geschafft?

Ich habe immer gute Kontakte zu Experten gepflegt – egal bei welcher Partei die waren – und auf eine schlüssige, faktenbasierte

„Ich habe immer gute Kontakte zu Experten gepflegt und auf eine schlüssige, faktenbasierte Argumentation vertraut.“

Argumentation vertraut. Das halte ich nach wie vor für die langfristig beste Strategie, um Menschen zu überzeugen. Es muss dabei immer um die Sache gehen, nicht um die Person, auch nicht um mich. Ich habe oft Dinge initiiert, blieb aber als Initiator unsichtbar. So konnte ich die parteipolitischen Spielchen unterlaufen und oft einstimmige Ergebnisse erzielen.

Herr Reinbold, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Das Schuttermoos – eines von 17 Potentialgebieten im Landkreis Eichstätt.

Gemeinde Parkstetten

„Persönlichkeit ist wichtiger als Parteizugehörigkeit“

Die Gemeinde Parkstetten liegt im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen und hat 3.500 Einwohner. Im 16-köpfigen Gemeinderat sitzt 1 ÖDPler – seit 2008.

Interview mit Peter Seubert

ÖkologiePolitik: Herr Seubert, wie setzt sich Ihr Gemeinderat derzeit zusammen?

Peter Seubert: Unser 2020 gewählter Gemeinderat besteht aus 16 Mitgliedern: 7 von der CSU, 6 von der Liste SPD/Freie Wählergemeinschaft, 1 von den Grünen und 2 von der Liste ÖDP/PU. PU bedeutet Parkstettener Unabhängige. Der von der ÖDP bin ich.

Wie haben Sie das damals geschafft?

In so einer kleinen Gemeinde kennt eigentlich fast jeder jeden. Ich wohne hier



Peter Seubert

Jahrgang 1964, war beruflich als Handelsfachwirt tätig, trat 1994 in die ÖDP ein und ist seit 2008 Mitglied des Gemeinderats von Parkstetten. Zudem ist er dort 3. Bürgermeister und Kultursprecher.
www.oedp-straubing-bogen.de

schon seit über 30 Jahren. Und bin seit 2008 Gemeinderatsmitglied. Einen richtigen Wahlkampf mit großen Konfliktthemen gibt es hier nicht. Ein wichtiger Schachzug war aber sicherlich, dass ich für das Amt des Bürgermeisters kandidierte. Dadurch erhielt ich viel mehr Aufmerksamkeit, als wenn ich nur für den Gemeinderat kandi-

diert hätte. Ich wurde zu den öffentlichen Podiumsdiskussionen zur Bürgermeisterwahl eingeladen. Und die lokale Presse berichtete relativ viel über mich. Das hat meine Bekanntheit gesteigert.

„Ein wichtiger Schachzug war, dass ich für das Amt des Bürgermeisters kandidierte. Dadurch erhielt ich viel Aufmerksamkeit.“

Wie schnitten Sie bei der Bürgermeisterwahl ab?

Ich wurde zum 3. Bürgermeister gewählt. Bürgermeister wurde der SPD-Kandidat.

Wie konnte das denn passieren?

Er kam bei den Wählern schlichtweg besser an als der CSU-Kandidat. Bei Kommunalwahlen ist die Persönlichkeit wichtiger als die Parteizugehörigkeit.

Was haben Sie in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?

So einfach lässt sich diese Frage gar nicht beantworten, denn die meisten Entscheidungen fallen hier einstimmig. Es wird im Vorfeld sehr viel miteinander geredet. Es wird sehr gründlich das Für und Wider durchdiskutiert und abgewogen, bis sich dann die Entscheidung herauskristallisiert, die dem Wohl der Gemeinde am meisten nützt.



So könnte die von Peter Seubert vorgeschlagene Einstiegshilfe in den Badeweiher aussehen.

Fotomontage: Peter Seubert

Bei welchen Themen konnten Sie sich als ÖDPler profilieren?

Beim Radwegeausbau formulierte ich einige Anträge, die auf Zuspruch stießen und eine Mehrheit fanden. Mein Versuch, eine Baumschutzverordnung einzuführen, scheiterte dagegen im Gemeinderat – obwohl die Bevölkerung wahrscheinlich mehrheitlich dafür war. Ein typisches ÖDP-Thema war natürlich die Installation einer PV-Anlage auf dem Rathausdach, was dann aber durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förderung eh kein Streitthema, sondern eine Selbstverständlichkeit war. Beim Neubau einer Kita regte ich an, diese in Holzbauweise zu errichten. Aber auch das geschah wie so oft nicht über einen Antrag, sondern

„Die meisten Entscheidungen fallen hier einstimmig. Es wird im Vorfeld sehr viel miteinander geredet.“

über viele Gespräche im Vorfeld. Das Thema Wärmeplanung steht zwar nun an, ist aber in so einer kleinen Gemeinde eher unergiebig, weil fehlende Wärmequellen und die vielen Einfamilienhäuser keine neuen, um-

weltschonenderen Versorgungsmöglichkeiten durch kommunales Handeln eröffnen.

Gibt es ein Thema, das im kommenden Wahlkampf für Sie wichtig sein kann?

Offiziell wird das Wahlprogramm erst in ein paar Wochen auf einer gemeinsamen Versammlung von ÖDP und PU erörtert und beschlossen. Mir persönlich ist die Verbesserung unseres Naherholungsgebiets ein Anliegen. Als ich selber lange mit Krücken rumlaufen musste, bemerkte

„Es wird sehr gründlich das Für und Wider durchdiskutiert und abgewogen, bis sich dann die Entscheidung herauskristallisiert.“

ich, wie behindertenunfreundlich es aktuell ist. Es gibt kaum Sitzbänke, es gibt keine Einstiegshilfe in den Badeweiher, das Behinderten-WC ist geschlossen, wenn der Kiosk nicht aufhat. Das sind banale Dinge. Und die lassen sich auch relativ einfach beheben. Aber es muss jemanden geben, der sie anspricht und hartnäckig dranbleibt. Und derjenige bin ich.

Herr Seubert, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Landeshauptstadt Mainz/Rheinland-Pfalz

Wie die ÖDP zum politischen Faktor wurde

In der Stadt Mainz mit ihren 225.000 Einwohnern ist die ÖDP seit 1994 in den Kommunalparlamenten vertreten: mit 2 Ratsmitgliedern im Stadtrat und mit 14 Ortsbeiratsmitgliedern in 11 von 15 Mainzer Ortsbeiräten. Zudem stellt sie den Ortsvorsteher im Stadtteil Marienborn.

von Dr. Claudius Moseler

Die ÖDP wurde durch viele politische Aktivitäten in Mainz bekannt und unterstützt zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich für mehr Naturschutz, Soziales und Bürgerbeteiligung sowie für ein lebenswertes Mainz einsetzen. Doch wie wurde die ÖDP in Mainz zum politischen Faktor?

Seit 2004 immer Wahlergebnisse von 4 % oder mehr

Der ÖDP-Kreisverband in Mainz wurde schon sehr früh, 1984, gegründet. Seit dieser Zeit konnte der Verband kontinuierlich politisch arbeiten. 1989 erfolgte die erste

Durch persönliche Kontakte mit den Menschen konnten diese für eine Mitarbeit in der ÖDP gewonnen werden.

Kandidatur für den Stadtrat. Allerdings scheiterte man hier noch mit rund 2 % an der 3,03%-Hürde, die seinerzeit im Wahlgesetz gegolten hatte. 1994 und 1999 errang die ÖDP ein ähnliches Wahlergebnis bei den Stadtratswahlen, jedoch konnte man erstmalig 1994 in zwei Ortsbeiräte einziehen, darunter Marienborn, wo ich das Mandat

Dr. Claudius Moseler

Jahrgang 1966, studierte Geografie und promovierte. Seit 2001 ist er Generalsekretär der ÖDP. Außerdem ist er Schriftführer im Landvorstand Rheinland-Pfalz, Vorsitzender des Kreisverbands Mainz-Stadt, Mitglied des Mainzer Stadtrats, ÖDP-Fraktionsvorsitzender und Ortsvorsteher des Stadtteils Mainz-Marienborn. Darüber hinaus engagiert er sich in Vereinen, Umwelt- und Sozialverbänden sowie seiner Pfarrgemeinde.
www.oedp-mainz.de



erhielt. 1999 war man schon in fünf Ortsbeiräten vertreten, 2004 schaffte die ÖDP mit rund 4% den Einzug in den Mainzer Stadtrat, damals noch in einer Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Freien Wähler, die auf der ÖDP-Liste antraten. Diese Zusammenarbeit wurde aber 2012 beendet. Aufgrund der Debatte um ein Kohlekraftwerk schaffte die ÖDP 2009 5,7%. Nachdem das Thema „abgefrühstückt“ war, pendelten sich die Wahlergebnisse 2019 und 2024 wieder um die 4% ein.

Persönliche Kontakte zur Mitgliedermobilisierung

Zielsetzung der ÖDP war immer eine „volle“ Stadtratsliste mit den erforderlichen 60

Kandidatinnen und Kandidaten und eine flächendeckende Kandidatur bis zu 14 von 15 Ortsbeiräten in Mainz. Dazu bedarf es einer regelmäßigen Mitglieder- und Interessentenmobilisierung. Diese wurde natürlich über die üblichen klassischen Maßnahmen erreicht: mit Plakaten, Infoständen, Veranstaltungen, Medienpräsenz. Aber ausschließlich durch persönliche Kontakte mit

Auch zu den örtlichen Journalisten wurden – teilweise über Jahrzehnte – vertrauensvolle Kontakte aufgebaut.

den Menschen konnten diese für eine Mitarbeit in der ÖDP gewonnen werden. Auch zu den örtlichen Journalisten wurden – teilweise über Jahrzehnte – vertrauensvolle Kontakte aufgebaut. Dies wurde natürlich durch die Vertretung in den kommunalpolitischen Gremien immer einfacher.

Entscheidend: Nähe zu Bürgern und Bürgerinitiativen

Der wichtigste Aspekt war aber hier immer, dass wir uns als politischer Arm der örtlichen Bürgerinitiativen gesehen haben. Durch den Einsatz von ÖDP-Mitgliedern in verschiedenen Initiativen und Vereinen konnten immer wieder neue Mitstreiter für die gemeinsamen Ziele der ÖDP und Bürgerinitiativen gewon-

nen werden. Dabei ist es wichtig, Kompetenz und Bodenhaftung einzubringen.

Vor allem setzte ich mich für die Probleme des Mainzer Stadtteils Marienborn ein. Ich war bereits 1994 erster stellvertretender Ortsvorsteher und konnte 2014 in einer Stichwahl mit 50,9% das Amt des Ortsvorstehers erobern. 2019 konnte ich mich mit 68,7% und 2024 mit 58,1% erneut in Stichwahl für das Amt durchsetzen. Ein Erfolgsgeheimnis ist, immer nah bei den Menschen zu sein und die Bodenhaftung nicht zu verlieren, aber auch die örtlichen Probleme zu lösen. Eine gewisse Omnipräsenz, heute auch in den Sozialen Medien, war für diesen Erfolg, die 2019 und 2024 zu einer

Der wichtigste Aspekt war, dass wir uns als politischer Arm der örtlichen Bürgerinitiativen gesehen haben.

vierköpfigen Ortsbeiratsfraktion führte, unverzichtbar. Mit 32,5% ist es derzeit bundesweit das zweitbeste kommunale Wahlergebnis für ein kommunales Gremium.

Ich betone aber abschließend: All dies ist immer auch Teamarbeit. Hätten wir unser Kernteam von ca. 20 Hauptaktiven nicht, wäre dies alles nicht möglich. Der Dank für diese Erfolge geht auch an alle rund 90 Mitglieder im Kreisverband Mainz-Stadt.

Landkreis Regensburg

„Sich durch Sachlichkeit und Pragmatismus auszeichnen“

Im oberpfälzischen Landkreis Regensburg, der die kreisfreie Stadt Regensburg komplett umschließt, leben derzeit 196.000 Einwohner. In seinem 70-köpfigen Kreisrat hat die ÖDP 3 Mandate inne.

Interview mit Claudia Wiest

ÖkologiePolitik: Frau Wiest, wie setzt sich Ihr Kreisrat derzeit zusammen?

Claudia Wiest: Unser 2020 gewählter Kreisrat umfasst 70 Mitglieder aus 41 Gemeinden. Die ÖDP ist mit 3 Mandaten vertreten – und Teil einer bunten Koalition mit Freien Wählern, SPD, Grünen und der FDP. CSU und AfD bilden die Opposition.

Wie hat die ÖDP das geschafft?

Die ÖDP ist hier in vielen Gemeinden aktiv und mit zahlreichen Mandatsträgern in Gemeinderäten vertreten. Bekanntheit und Respekt hat sie zudem mit ihren Volksbegehren erlangt – zuletzt mit dem „Rettet die Bienen!“, zuvor mit dem „Nichtraucherschutz“. Zudem sind wir auch im „Bündnis für Toleranz und Menschenrechte“ dabei.

Ist die mediale Präsenz hoch?

Leider eher nicht. Die Presse scheint sich mit der ÖDP immer noch schwerzutun. Das gleichen wir aber mit eigenen Aktivitä-

ten über Social-Media-Kanäle aus. Die sind ein wichtiger Baustein für unseren Erfolg.

Hatte die ÖDP im Wahlkampf 2020 eine besondere Strategie?

Der Wahlkampf ist nur das Zünglein an der Waage. Beurteilt werden wir mehr für das, was wir in den Jahren davor gemacht haben und was wir vorhaben. Die ÖDP zeichnet sich ja durch Sachlichkeit und

„Bekanntheit und Respekt hat die ÖDP mit ihren Volksbegehren erlangt – zuletzt mit dem ‚Rettet die Bienen!‘, zuvor mit dem ‚Nichtraucherschutz!‘“

Pragmatismus aus. Das bedeutet vor allem, überzeugend zu argumentieren, nicht inhaltsleere Phrasen zu dreschen. Und das kommt bei vielen Wählern durchaus gut an. Natürlich sind wir im Wahlkampf auf den Straßen und Plätzen mit Infoständen präsent und führen viele Gespräche.

Um welche Themen ging es damals?

Wichtige Themen waren die Einführung der Gelben Tonne für Plastikmüll sowie die Finanzierung und der Ausbau des ÖPNV sehr alltagsnahe und sehr regionale Themen also.



Foto: Julia Knorr

Wie lief es in der aktuellen Legislaturperiode?

Da wir nicht in der Opposition, sondern in der Regierung sitzen, waren viele Kompromisse notwendig. Die Zahl unserer Anträge war nicht übermäßig hoch, da die meisten Themen schon im Vorfeld ausdiskutiert und geklärt wurden. Als Erfolg kann ich den kontinuierlichen Ausbau des Radwegenetzes nennen – mit intensiver Bürgerbeteiligung. Außerdem den Beschluss, die Gelbe Tonne einzuführen – auch wenn es aktuell noch Probleme bei der Umsetzung gibt. Ein weiterer Erfolg war die Einführung eines Sozialpasses, mit dem Bürger

„Der Wahlkampf ist nur das Zünglein an der Waage, beurteilt werden wir mehr für das, was wir in den Jahren davor gemacht haben und was wir vorhaben.“

mit geringen Einkommen Ermäßigungen erhalten. Und zu nennen wäre auch noch die Einführung eines Rufbus-Systems im ländlichen Raum.

Welche Themen stehen im kommenden Wahlkampf auf eurem Programm?

Offiziell werden die Themen erst in einigen Wochen beschlossen, aber ein wichtiges Wahlkampfthema wird sicherlich die Einführung von Ermäßigungen für Familien sein: beim ÖPNV und bei den Eintritten

„Überzeugend zu argumentieren und nicht inhaltsleere Phrasen zu dreschen – das kommt bei vielen Wählern durchaus gut an.“

in Schwimmbäder, Museen, kulturelle Veranstaltungen und Ähnliches. Damit betonen wir unser familienpolitisches Profil. Ansonsten gehören natürlich die Energie- und die Mobilitätswende zu unseren zentralen Anliegen.

Welche Themen stehen sonst noch in eurem Landkreis im Mittelpunkt?

Es gibt noch viele offene Hausaufgaben, die erledigt werden sollten: die Sanierung von Schulen, die Sanierung von Straßen.

Ist die Wohnungsnot ein Thema?

Die ist eher in der Stadt Regensburg ein Thema, bei uns im Landkreis weniger.

Frau Wiest, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Claudia Wiest

Jahrgang 1967, war beruflich als Grundschullehrerin und Schulleiterin tätig. Seit 2001 ist sie ÖDP-Mitglied und seit 2020 Mitglied im Kreisrat des Landkreises Regensburg.
www.oedp-regensburg-land.de



Jahresendspurt

Weihnachten – ein gutes Zeichen für uns alle



Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP,

Mit Erscheinen dieser neuen Ausgabe unserer ÖP sind wir bereits mitten in der Adventszeit. Sie wird in Bayern auch die „stade Zeit“ – „stille Zeit“ – genannt, weil sie in der christlichen Tradition eine Zeit der Besinnung, des In-sich-Gehens und der Vorbereitung auf das Weihnachtsfest sein soll. Natürlich sind wir in dieser Zeit fast alle irgendwie mit den Vorbereitungen auf das Fest beschäftigt. In den meisten Fällen dürften diese Vorbereitungen aber eher als hektisch empfunden werden, weil sie oft auf ganz andere Dinge abzielen. Schließlich soll das Fest ja wieder besonders schön werden.

Auch in einigen Landesverbänden sind viele in diesen Tagen und Wochen unterwegs und mit Vorbereitungen beschäftigt. Im kommenden Frühjahr ist Landtags- oder Kommunalwahl und da muss noch etliches geschafft werden: Aufstellungsversammlungen abhalten, Unterschriften sammeln, Plakate und Flyer vorbereiten usw. Dann wird mancher feststellen: Wir sind mal wieder viel zu knapp dran, aber das muss jetzt noch alles über die Bühne. Etliche in der Partei stehen da zwischen Aufbruch und Verzweiflung. Bei den Kommunalwahlen bleibt es ja noch spannend, wie viele Kandidaten man durchbringt, aber bei den Landtagswahlen stellt sich sofort unsere Standardfrage: Lohnt sich das überhaupt, der ganze Aufwand und Einsatz, wenn wir ja kaum eine Chance haben, die Hürde zu überspringen

und hineinzukommen? Die Antwort darauf muss laut und deutlich kommen: Ja, es lohnt sich – aus mehreren Gründen. Erstens, weil wir im Gespräch bleiben bzw. unseren Bekanntheitsgrad erhöhen müssen; zweitens, weil wir als politische Partei auch einen politischen Auftrag zu erfüllen haben und unser politisches Angebot in die Waagschale werfen müssen; und drittens: Wenn wir wirklich das beste Programm haben, dann

Wir haben damit eine wirklich lohnende Aufgabe vor uns!

muss das unter allen Umständen unter die Leute. Denn das beste Programm nützt nur etwas, wenn es auch bekannt und umgesetzt wird. Eigentlich ist es dann aber für jede und jeden, der oder die davon überzeugt ist, Pflicht und Aufgabe, das weiterzusagen und weiterzutragen. Und wir dürfen dies mit dem besten Gewissen tun, denn wir tun es – wie unsere Goldene Regel sagt – nicht allein für uns selbst, sondern für unsere Mitmenschen, für unsere Um- und Mitwelt und für die zukünftigen Generationen. Dann ist das aber eigentlich eine missionarische Aufgabe für uns alle.

Am Anfang unserer wie auch jeder anderen anständigen Strategie stehen die beiden Überschriften „Vision“ und „Mission“: Die Vision – unsere Vision von einer besseren Welt, in der auch unsere Kinder und Enkel miteinander gut leben können; in der die ganze Vielfalt der Natur um uns herum sich

möglichst frei entfalten kann und unsere Kinder und Enkel diese Wunder der Schöpfung weiterhin erleben dürfen. Daraus folgt die Mission, dass wir alles dafür tun, dass diese Vision auch zur Wirklichkeit wird. Das ist der eigentliche Auftrag unserer Partei aus unserem Grundsatzprogramm und allen anderen Programmpunkten und Themen heraus, denn unser Programm strebt reale politische Verbesserungen an. Wir haben damit eine wirklich lohnende Aufgabe vor uns! Also: keine Zeit und kein Anlass für Verzagtheit und Selbstzweifel, sondern Motivation, ins Handeln zu kommen, neu aufzubrechen und selbstbewusst für das Beste aller Programme zu werben. So können wir die Menschen um uns herum für unsere Lösungen aktueller Probleme gewinnen.

Es ist damit dann eigentlich wie Weihnachten: Für die Menschen, die das damals in Bethlehem als Erstes erlebt hatten, war das Kind in der Krippe das Zeichen für den Aufbruch in eine neue Zeit. Die Menschen sind aufgebrochen zur Krippe, um sich von der Botschaft zu überzeugen; und dann haben sie alles darangesetzt, diese Botschaft

weiterzubreiten. Das hat dann auch die gesamte Christenheit auf Erden getan bis zum heutigen Tag.

Weihnachten – ein gutes Zeichen für uns alle: als Christen, uns an diesen Aufbruch und Neuanfang zu erinnern, der von dem Kind in der Krippe ausgeht; als Nicht-Christen, es vielleicht als Metapher zu sehen und für sich persönlich zu überlegen, wo man etwas Neues angehen möchte. Und als Partei, den Neuaufbruch zu wagen und unsere Botschaft – unser Programm und unsere Lösungen – bekannt zu machen, damit wir dem darin enthaltenen Anliegen eines guten Lebens für alle auf diesem Planeten wenigstens ein Stück näher kommen.

Diesen Aufbruch wünsche ich Ihnen und Euch – und damit schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen mutigen Aufbruch in ein neues Jahr 2026!

Ihr/Euer Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch
mit dem ganzen ÖDP-Bundesvorstand



Am Rheinufer in Bingen hielten Delegierte und Gäste des 65. ÖDP-Bundesparteitags ein Seil in den Händen. Damit demonstrierten sie, dass das Engagement für eine bessere Welt verbindet.



Foto: Helmut Kauer

65. ÖDP-Bundesparteitag in Bingen am Rhein

Aufbruch zum Schutz der Lebensgrundlagen

Der Bundesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP – Die Naturschutzpartei) vom 17. bis 19. Oktober markierte einen Aufbruch zum Schutz unserer Lebensgrundlagen. Auf dem Parteitag gab es neben der Sach- und Antragsarbeit interessante Informationen über die Natur- und Wasserpolitik. Auch die informellen Kontakte kamen nicht zu kurz. Ein musikalischer Abend von C. C. Adams mit Oldies, Pop, Country und Contemporary Music gab Gelegenheit zu informellen Gesprächen und Tanz.

Umoja

„Umoja‘ – gemeinsam“ – unter diesem Begriff aus der afrikanischen Sprache Kisua-

heli rief der Bundesvorsitzende der ÖDP, Günther Brendle-Behnisch, die Delegierten und die gesamte Partei zum gemeinsamen Handeln für die gemeinsamen Ziele zum Schutz unserer Lebensgrundlagen auf.

Er berichtete von den vielfältigen Aktivitäten des ÖDP-Bundesvorstands, wies auf laufende Aktionen hin und kündigte weitere an: die Petition für mehr Tierschutz unter dem Titel „Videoüberwachung in Schlachthöfen“ (www.t1p.de/petition-tierschutz – endet am 17.01.2026), eine bundesweite Petition gegen die Schleifung der Klima- und Naturschutzpolitik in Deutschland unter dem Titel „Keine Rolle rückwärts im Klimaschutz!“ (www.keine-rolle-rueckwaerts.de – endet am 21.04.2026) und

eine bundesweite Aktion für den Schutz unserer lebenswichtigen Ressource Wasser. Auch orientierte er auf die bevorstehenden Wahlkämpfe in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Alles fließt

„Alles fließt – und es liegt an uns, in welche Richtung“, so die Europaabgeordnete Manuela Ripa in ihrem Bericht zur Europapolitik. Wasser steht wie kein anderes Element so sehr für das, was uns als ÖDP antreibt: Nachhaltigkeit als Kreislaufdenken statt linearem Verbrauch. Wasser steht für Leben, Verantwortung und Frieden – Wasserpolitik ist Friedens-, Klima- und Resilienzpolitik. Die ÖDP versteht sich als Partei, die Bewusstsein statt Wachstum fördert und Kreisläufe in Natur und Gesellschaft schützen will.

Ein weiterer Schwerpunkt der Europaabgeordneten ist der Artenschutz: Manuela Ripa leitet zusammen mit ihren sozialdemokratischen Kollegen die Delegation des Europäischen Parlaments zur Welt-



Foto: Helmut Kauer

ÖDP-Chef Günther Brendle-Behnisch rüttelte die Partei wach: „Die Welt braucht uns!“

tenschutzkonferenz (CITES COP20). Sie fordert ein stärkeres europäisches Engagement: strengere Regeln für den Wildtierhandel, digitale Kontrollsysteme, eine Positivliste für die Wildtierhaltung und ein



Foto: Helmut Kauer

Am Samstagabend sorgte die Band C. C. Adams für den passenden Rahmen, um auch abseits von Politik in Verbindung zu kommen.

Gesetz, das den Import illegal gefangener Tiere verbietet.

Ripa kritisiert die Rückschritte der EU beim Klima-, Demokratie- und Naturschutz sowie die mangelnde Führungsstärke



Foto: Helmut Kauer

Die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa wandte sich am Samstagmorgen in einer Rede an den 65. Bundesparteitag ihrer Partei.

ke der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Europa braucht wieder Visionen, nicht die Verwaltung des Status quo“, so die Europaabgeordnete.

Im Sinne eines ökologischen Humanismus müssten Klimaschutz, Wirtschaft, Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam gedacht werden. Demokratie müsse mehr denn je geschützt werden – gegen Hass, Lügen und Machtmissbrauch durch Konzerne.

Unsere Erde ist wie ein gemeinsames „Raumschiff“: Frieden, Verantwortung und Bewahrung sind die Grundlagen einer ökologischen Zukunft. Die ÖDP will eine Politik schaffen, die verbindet – zwischen Mensch und Natur, Generationen und Kontinenten.

Interessante Vorträge

Die Delegierten wurden mit zwei hochinteressanten Vorträgen auf das Schwerpunktthema „Wasser“

eingestimmt: Ernst Zürcher, em. Professor für Holzwirtschaft aus Bern, konnte in einem Vortrag im „Hildegarten“ am Rhein in einer Baumgruppe die Zuhörenden eine Stunde lang in den Bann ziehen. Er vermittelte Erkenntnisse über Blätter, Kreisläufe und Verbindungen in der Natur. Alter Baumbestand sei für das ökologische System nicht ohne Weiteres ersetzbar. Ein junger Baum ersetze keinen alten. Es komme auf die Anzahl der Blätter an, die ein Baum trägt. Für einen gefälltten alten Baum müssten daher im Grunde viele junge Bäume gepflanzt werden, um auf die gleiche Blätterzahl zu kommen.

Die dargestellten Zusammenhänge waren vielen bisher nicht geläufig. So auch die Tatsache, dass durch die Fotosynthese reines neues Wasser entsteht. Prof. Dr. Zürcher konnte mit vielen weiteren Beispielen klarmachen, wie wir ein Teil inmitten der Natur sind. Der Vortrag stiftete Hoffnung und verdeutlichte den Anwesenden, wie wichtig die Arbeit der ÖDP ist.

Uwe Ritzer, Wirtschafts- und Investigativjournalist für die „Süddeutsche Zei-

tung“, beleuchtete in seinem Abendvortrag den Ausverkauf von Wasser, Boden und Rohstoffen und zeigte auf, wer mit dem „Ausverkauf“ unserer lebenswichtigen Ressourcen und Allgemeingüter Profit macht. „Es geht um Geschäftemacher und multinationale Konzerne, die Wasser, Boden sowie unverzichtbare Rohstoffe im großen Stil ausbeuten. Ohne Rücksicht auf das



Foto: Helmut Kauer

Journalist Uwe Ritzer lenkte die Aufmerksamkeit am Freitagabend auf den menschlichen Umgang mit lebenswichtigen Ressourcen.

Gemeinwohl und ausschließlich für ihre eigenen Zwecke“, zitierte Ritzer aus seinem Buch „Der Ausverkauf“. „Wir alle sind als

einzelne Bürgerinnen und Bürger davon betroffen, genauso wie kleine und große Firmen, die redlich wirtschaften.“

Ritzer stellte die Frage: „Wem gehört eigentlich Wasser? Wer entscheidet, wer es verbrauchen darf? Wer bestimmt den Preis?“ Wasser werde laut Ritzer das nächste große Ressourcenproblem nach Gas und Strom sein. Auch Deutschland steuere auf ein dramatisches Wasserproblem zu. Seit 2000 habe unser Land Wasser im Volumen des Bodensees verloren. Drei Viertel des Wasserverbrauchs entstünden durch die Wirtschaft. Ritzer forderte daher, eine Balance im Wasserverbrauch herzustellen.

Wasseraktion am Rhein

Mit einer symbolischen Wasseraktion am Rhein machten die Delegierten auf Probleme im Zusammenhang mit unserem Wasser aufmerksam. Sie schütteten mitgebrachtes Wasser in den Strom und verdeutlichten damit symbolisch die Wasserverluste für die Ökosysteme, die Landwirtschaft, die Schifffahrt und die allgemeine Versorgung, die immer kritischer werden.



Foto: Dr. Corinne Enderis

Professor Ernst Zürcher entführte die Delegierten und Parteitagsgäste in die spannende Welt des Waldes.



Wir drehen den Hahn um: Wasser marsch fürs Gemeinwohl und den Erhalt der Lebensgrundlagen!



Die ÖDP-Jugendorganisation JÖ – jung. ökologisch nahm ebenfalls mit einer Delegation am Parteitag in Bingen am Rhein teil.

Parteitagsthemen

Der Parteitag beschäftigte sich mit einem breiten Spektrum an Themen und fasste eine Reihe von Beschlüssen. Er stärkte die innerparteiliche Basisdemokratie durch Verbesserung der Möglichkeiten von Mitgliederbefragungen wie auch von Mitgliederanträgen und beschloss die Einrichtung einer Ombudsstelle. Breiter Raum wurde der Existenzsicherung der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, dem Tier- und Naturschutz, der Vollendung der Deutschen Einheit und der Familienpolitik eingeräumt.

Ökologischer Rat und weitere Neuerungen

Der Ökologische Rat zur wissenschaftlichen Beratung der Partei wurde neu besetzt. Der



Die anwesenden Mitglieder des ÖDP-Bundesvorstands (v. l.): Dr. Corinne Enders, Helmut Kauer, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Kirsten Elisabeth Jäkel, Siegmund Schönberger, Verena Föttinger, Lukas Leinen, Dirk Uehlein, Manuela Ripa, Willi Reinbold, Beatrix Springer, Günther Brendle-Behnisch; es fehlt: Dominik Mozzicato



Ein Hoch auf die Öko-Demokratie – erhalten wir, was uns erhält und ein Leben in Würde ermöglicht!

Bundesvorstand wurde durch die Nachwahl von Verena Föttinger (Kreis Rottweil, Baden-Württemberg) als Beisitzerin komplettiert. Föttinger bringt langjährige Erfahrung aus verschiedenen Funktionen innerhalb der ÖDP mit. Die Nachwahl wurde erforderlich, weil ein Beisitzer zurückgetreten war.

Ferner wurden auf dem Bundesparteitag das Bundesschiedsgericht und die Bundesrechnungsprüferinnen und -prüfer neu gewählt. Der bisherige Bundesarbeitskreis „Demokratie, Außen- und Europapolitik“ wurde aufgelöst und stattdessen zwei neue Arbeitskreise eingesetzt: „Außenpolitik“ sowie „Demokratie“.

Signal des Aufbruchs

Von Bingen ging ein Signal des Aufbruchs zum Kampf für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen an die gesamte ÖDP aus. Die Delegierten reisten hochmotiviert zurück in ihre Kreis- und Landesverbände, um die verabredeten Aktionen umzusetzen und

damit auch die Programminhalte und politischen Initiativen der ÖDP weiterzutragen.

Beatrix Springer und Prof. Dr. Herbert Einsiedler Mitglieder des Bundesvorstands

Info zu Überweisungen?

Die EU-Gesundheitspolitik im Griff der Lobbyisten

Als ich im Jahr 2020 als Abgeordnete unserer Partei ins Europäische Parlament einzog, merkte ich schnell, dass der Lobbyismus auf europäischer Ebene sehr stark ist und eine faktenbasierte Gesundheitspolitik torpediert. Als Mitglied des Sonderausschusses zur Krebsbekämpfung war von Anfang an für mich klar, dass Prävention nicht allein das Bewerben eines gesunden Lebensstils sein kann, sondern dass es EU-weite Gesetze braucht, die z. B. die Verwendung von krebserregenden Inhaltsstoffen in Alltagsprodukten regulieren und verbieten.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Mittlerweile belegen Studien, dass es bei Alkohol keine unbedenkliche Konsummenge gibt. Jeder Tropfen erhöht das Krebsrisiko. Wir stellten fraktionsübergreifend Forderungen auf, wie Gesundheitswarnhinweise auf allen alkoholischen Getränken oder ein Verbot von Alkoholwerbung bei Sportveranstaltungen. Uns ging es nicht darum, den Menschen ihr Glas Wein zu verbieten, sondern wir plädierten für informierte Konsumentinnen und Konsumenten sowie für den Schutz von Jugendlichen.

Doch wir hatten die Rechnung ohne den massiven Einfluss der Alkohollobby gemacht, die alle Hebel in Bewegung setzte, um unseren Initiativbericht zu bekämpfen und in der Folge zu verwässern. Das Ergebnis war ein in wichtigen Bereichen erheblich abgeschwächter Bericht.

Im September hatte ich Gelegenheit, im Rahmen eines Symposiums der „Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e. V.“ meine Erfahrungen aus der Arbeit im Sonder-

ausschuss für Krebsbekämpfung zu teilen. Auch in der viel beachteten ARD-Dokumentation „Dirty Little Secrets – Warum wir immer weiter trinken“ zum Einfluss der

Prävention kann nicht allein das Bewerben eines gesunden Lebensstils sein.

Alkohollobby habe ich über deren Machenschaften aufgeklärt. Teil 2 der Doku, in dem ich zur Sprache komme, ist unter diesem Kurzlink abrufbar: www.t1p.de/cozh2

Kommunen tragen die Hauptlast der Suchtproblematik

Gerade auf kommunaler Ebene wird sichtbar, wie teuer und belastend die Verwaltung der Suchtfolgen ist. Doch frühzeitige Aufklärung in Schulen, Jugendzentren und Vereinen in Kombination mit niedrigschwelligem Hilfsangeboten kann verhindern, dass Menschen überhaupt erst in die Spirale der Abhängigkeit geraten. Kommunen können die Last der Sucht nicht alleine stemmen, aber sie können durch konsequente Präventionsarbeit und durch klare Grenzen gegenüber Lobbyinteressen entscheidend dazu beitragen, die Ursachen einzudämmen – bevor die Folgen unbeherrschbar werden. Und nur wenn Städte und Gemeinden Rahmenbedingungen schaffen, die nicht an Profitinteressen ausgerichtet sind, können Präventionsarbeit und Gesundheitsschutz ihre Wirkung entfalten.

Auf die Bedeutung der Prävention habe ich kürzlich auch als Rednerin auf der Ver-

anstaltung „Social Inequalities in Health: From Data to Action“ (Soziale Ungleichheiten im Gesundheitswesen: Von Daten zu Maßnahmen) im Europäischen Parlament hingewiesen. Gesundheit ist nicht nur ein



Foto: Büro Manuela Ripa

Spiegel sozialer Ungleichheit – sie ist auch ein Schlüssel zu ihrer Überwindung. Darum muss Suchtprävention im Zentrum der EU-Gesundheitspolitik stehen.

Gesundheit beginnt bereits in Supermärkten, Schulen und in unserer Umwelt. Wenn wir ein gerechteres Europa wollen, müssen wir in Prävention investieren – mutig, systematisch und sozial gerecht. Die Aufzeichnung der Veranstaltung kann unter dem folgenden Link angesehen werden: www.t1p.de/4z1pk

Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen

Neben dem Einsatz für mehr präventive Gesundheitspolitik in Europa war ich dieses Jahr aber auch in etlichen anderen Feldern des Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzes aktiv. Im September sprach ich im Rahmen meiner Rolle als „Ökologia“ ein Grußwort auf der digitalen Veranstaltung der „Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.“ zum Thema „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft – Modell für globales Wirtschaften?“. In meinem Redebeitrag

ging ich darauf ein, dass Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen kein optionaler Luxus ist, sondern eine Überlebensfrage, die wir als ÖDP sehr wichtig nehmen. Dies habe ich auch bei einer von dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) organisierten Veranstaltung als Panelteilnehmerin vertreten, die im Oktober im Europäischen Parlament stattfand. Hauptthema der Konferenz war, die globale Zusammenarbeit zu nutzen, um Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu fördern.

Weitere Veranstaltungen, Aktionen und Redebeiträge,

die ich als Europaabgeordnete zu meinen Hauptthemen Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie im Bereich Bildung und Medien (mit-)gestaltet bzw. gehalten habe, finden sich auf meiner Webseite www.manuela-ripa.eu.

Nun geht es in die wohlverdiente Weihnachtspause. Es bleibt mir nur noch, Ihnen und Euch geruhsame, besinnliche Feiertage zu wünschen sowie ein frohes und gesundes neues Jahr.

Manuela Ripa

- www.manuela-ripa.eu
- www.facebook.com/ripamanuela/
- www.linkedin.com/in/manuela-ripa-726437343/
- www.instagram.com/manuela.ripa/
- <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>
- <https://mastodon.social/@manuelaripa>
- www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP

Bundesversammlung 2025



Foto: Helmut Kauser

Vom 6. bis 8. Juni 2025 fand die jährliche Bundesversammlung der JÖ – jung. ökologisch in Nürnberg statt. Rund 15 junge Menschen trafen sich, um über Anträge zu diskutieren und einen neuen Vorstand zu wählen. Der Versammlung wurden insgesamt zwölf Anträge zur Änderung der Satzung vorgelegt. Nach konstruktiven Diskussionen wurden neun dieser Anträge angenommen.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war jedoch die Wahl des neuen Vorstands. Laut Satzung ist die Amtszeit des Vorstands auf ein Jahr begrenzt, um die Hürde für die Übernahme eines Amtes zu senken und den dynamischen Lebensverläufen junger Menschen gerecht zu werden. Sechs Mitglieder des bisherigen Vorstands, darunter auch die Vorsitzenden, stellten sich nicht zur Wiederwahl. Daher wurde der Vorstand erstmals seit 2021 auf sechs Personen verkleinert.

Die neue Doppelspitze der JÖ bilden nun Wolfgang Schaefer (Nassau) und Andrea Gilg (Regensburg). Als Stellvertreter wurden Lukas Czarny (Sindelfingen) und Tim Liebing (Braunschweig) gewählt. Die beiden zusätzlichen Beisitzer sind Alexander Räss (Magdeburg) und Lukas Leinen (Mainz).

Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Kara Tober, Tobias Raffelt und Tim-Oliver Kray wurden für ihr langjähriges Engagement für die JÖ und die ÖDP geehrt und verabschiedet.

Im Rahmen eines Berichts von Ludwig und Inga Hager, Vorstandsmitglieder der ÖDP Nürnberg, erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblicke in die kommunale Arbeit und die Herausforderungen der Stadtpolitik. Auch die Vorsitzenden der ÖDP waren als Gäste anwesend, sprachen ein Grußwort und übernahmen die Leitung der Vorstandswahl.

Der Rechenschaftsbericht gab einen Rückblick auf das vergangene Vorstandsjahr, einschließlich der Vorstandsklausur, des Bundesparteitags der ÖDP, des Weihnachtstreffens und der Gründung der JÖ Süd. Außerdem wurde die Mitgliederzahl bekanntgegeben: Zum Zeitpunkt der Versammlung zählte die JÖ 327 Mitglieder, möchte aber wieder wachsen.

Im Rahmen einer Gruppenaktion besichtigten die anwesenden JÖ-Mitglieder und Gäste in der Frankenmetropole schließlich noch die „Straße der Menschenrechte“ und nahmen an einer eindrucksvollen Führung durch das Museum „Memorium Nürnberger Prozesse“ teil.

Jetzt JÖ-Mitglied werden und eine nachhaltige Politik der Zukunft mitgestalten:
www.t1p.de/joe-mitgliedschaft



JÖ – jung. ökologisch (Bundesverband):
www.j-oe.de
www.instagram.com/jung.oekologisch

Baden-Württemberg

Direktkandidaturen mit Unterschrift unterstützen

Zur Landtagswahl am 8. März 2026 werden wir eine Zweitstimmen-Kampagne fahren. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten werden ganz persönlich dazu aufrufen, mit der Zweitstimme die ÖDP zu wählen. Bei Redaktionsschluss waren rund 15 Direktkandidatinnen und -kandidaten aufgestellt. Diese bitten um Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Wahl. Alle nötigen Informationen finden Sie unter www.oedp-bw.de.

Fahrt zum Europaparlament nach Brüssel

Im Juni waren 17 Mitglieder und mit der ÖDP sympathisierende Menschen in Brüssel bei unserer Europaabgeordneten Manuela Ripa zu Besuch. Neben dem obligatorischen Rundgang im Europaparlament fand ein intensives Gespräch mit Manuela Ripa statt. Zusätzlich konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Vertreter des Europabüros des Verbands Re-



Foto: ÖDP Baden-Württemberg

gion Stuttgart austauschen. Sie waren vom Gespräch mit Manuela Ripa begeistert und bedauerten, dass die Reise so schnell vorbeiging. 2026 wird der Landesverband wieder eine Reise organisieren.

Fahrrad-Sternfahrt nach Stuttgart

Mitglieder der ÖDP nahmen an der ADFC-Radsternfahrt in der Region Stuttgart teil. Ziel der Radsternfahrt war es, die Politik auf die Notwendigkeit von Verbesserungen im Radverkehr aufmerksam zu machen. Die Gastredner, unter ihnen der Spitzenkandidat der Grünen zur Landtagswahl 2026,



Foto: ÖDP Baden-Württemberg

Cem Özdemir, schlossen sich zwar den Forderungen der Radler an, ihre Aussagen waren jedoch nur bedingt glaubwürdig. Schließlich sind und waren CDU, Grüne, SPD und FDP in Baden-Württemberg über Jahrzehnte an der politischen Macht, passiert ist allerdings nicht allzu viel. Die ÖDP fordert zur Landtagswahl eine deutlich höhere Förderung für den Radverkehr.

Kundgebung „Gerechtigkeit für Schweine“ in Karlsruhe

Seit 2019 liegt ein Antrag beim Bundesverfassungsgericht, wonach die Schweinehaltung in Deutschland gegen das Tierschutzgesetz verstoße. Deshalb fand am 26.09.2025 in Karlsruhe eine Kundgebung statt, die eine möglichst baldige Behandlung des Antrags und eine artgerechtere Schweinehaltung forderte. An dieser Kundgebung, die gleichzeitig zur Übergabe von über 12.000 Protest-Postkarten genutzt wurde, nahmen auch ÖDP-Mitglieder teil.

ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de
www.oedp-bw.de



Bayern

Protestaktion „Rettet die Berge“

Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus hat die CSU-FW-Staatsregierung mit ihrem dritten Modernisierungsgesetz einen massiven Angriff auf Umweltstandards gestartet, insbesondere in der sensiblen Bergwelt Bayerns. Mit einer von der ÖDP unterstützten Protestaktion sollte noch einmal deutlich gemacht werden, welche gravierenden Auswirkungen dieses Gesetz auf die Bergwelt hat.

Neben ÖDP, Grünen und SPD waren LBV, Bund Naturschutz, CIPRA, Deutscher Alpenverein, Fridays for Future, Mountain Wilderness, Verein zum Schutz der Bergwelt und Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e. V. an der



ÖDP-Landesvorsitzender Tobias Ruff wirbt am Marienplatz in München für den Schutz der Bergwelt.

Protestaktion „Rettet die Berge“ auf dem Marienplatz beteiligt. Musikalisch wurde der Protest von den Well-Brüdern aus'm Biermoos begleitet. ÖDP-Landesvorsitzender Tobias Ruff sagte bei der Kundgebung: „Die Berge sind kein Gewerbegebiet und keine Event-Arena! Sie brauchen gerade in Zeiten des Klimawandels besonderen Schutz!“

ÖDP-Bezirksparteitag: Mangold bleibt Vorsitzender

Die niederbayerische ÖDP hat Ende September in Vilshofen ihren Bezirksvorstand einstimmig im Amt bestätigt: Vorsitzender bleibt Bezirksrat Urban Mangold, stellvertretende Bezirksvorsitzende Johanna Seitz (beide Passau). Neu im Gremium ist die stellvertretende Bezirksvorsitzende Gamze Caglar (Mainburg, Kreis Kelheim). Einstimmig gewählt wurden auch Schatzmeis-



ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker gratulierte dem neuen niederbayerischen ÖDP-Bezirksvorstand zu seiner Wahl (von links): Urban Mangold, Brigitte Baueregger, Alois Erber, Agnes Becker, Heiko Helmbrecht, Johanna Seitz, Jörn Rüter und Josef Pauli; es fehlen: Gamze Caglar, Dr. Helmut Pix und Dr. Michael Röder.

ter Jörn Rüter (Passau) und die Beisitzer Dr. Helmut Pix (Kreis Dingolfing-Landau), Dr. Michael Röder (Straubing-Bogen), Brigitte Baueregger (Regen), Josef Pauli (Freyung-Grafenau), Alois Erber (Rottal-Inn) und Heiko Helmbrecht (Landshut).

Der Bezirksparteitag hat auch inhaltliche Schwerpunkte zur Kommunalwahl benannt: Dabei geht es u. a. um Versäumnisse der Staatsregierung bei der Krankenhausplanung, die nach Ansicht der ÖDP vor Ort erheblich zur Krise der Krankenhäuser beitragen. Sepp Rettenbeck, ÖDP-Krankenhausexperte und Kreistagsfraktionschef in Rottal-Inn, forderte die Staatsregierung auf, „endlich ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen und die Krankenhauspla-

nung landesweit aktiv zu gestalten“. Nur so könne die Versorgung bedarfsgerecht und auf einem hohen medizinischen Niveau sichergestellt werden, heißt es in einer Petition, die noch in diesem Jahr eingereicht werden soll.

Zwei neue Petitionen haben die Delegierten auf den Weg gebracht: „Rettet unser Trinkwasser!“ und „Schluss mit dem Flächenfraß!“. Die beiden Eingaben an den Landtag haben zum Ziel, den Schutz des Trinkwassers und einen schonenden Umgang mit Grund und Boden als Staatsziele in der Verfassung zu verankern. „Dafür werden wir vor allem im Kommunalwahlkampf Unterschriften sammeln“, kündigte Urban Mangold an.

ÖDP Bayern rüstet sich zur Kommunalwahl

410 kommunale Mandate hat die ÖDP Bayern in der aktuellen Amtsperiode 2020–2026, darunter auch mehrere Bürgermeister/-innen und eine stellvertretende Landrätin. Am 8. März wollen wir unsere kommunale Verankerung halten und ausbauen. Der Landesvorstand Bayern unterstützt neue Listen mit einem Startzuschuss von bis zu 2.000 Euro. Dieser kann unter 0851 20091963 oder urban.mangold@oedp-bayern.de beantragt werden.

Wo wir überall antreten, sehen Sie auf der folgenden Webseite (die Übersicht ist im Aufbau und wird bis Anfang Januar laufend fortgeschrieben): www.t1p.de/kwby26

ÖDP Bayern

Tel.: 0851 20091960
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de



Nordrhein-Westfalen

Kommunalwahl 2025 und ein klarer Blick nach vorn

Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen hat uns ein vielschichtiges Ergebnis beschert. Besonders gefreut hat uns, dass unser erst kürzlich gegründeter Ortsverband Warendorf aus dem Stand ein Mandat erringen konnte – und das in der Hauptstadt des Pferdesports, wo wir bislang noch keine kommunale Vertretung hatten. Das zeigt eindrucksvoll, dass sich Einsatz, Glaubwürdigkeit und das Einbringen klarer Werte lohnen – auch und gerade dort, wo wir Strukturen ganz neu aufbauen.

Ebenso konnte der Kreisverband Höxter/Bad Driburg einen besonderen Erfolg ver-

buchen: In der Stichwahl für das Bürgermeisteramt setzte sich ein parteiloser Kandidat durch, der im Wahlkampf deutlich sichtbar von der ÖDP unterstützt wurde. Dieses Ergebnis macht deutlich, dass wir auch durch Bündnisse und glaubwürdige Partnerschaften vor Ort Wirkung entfalten können.

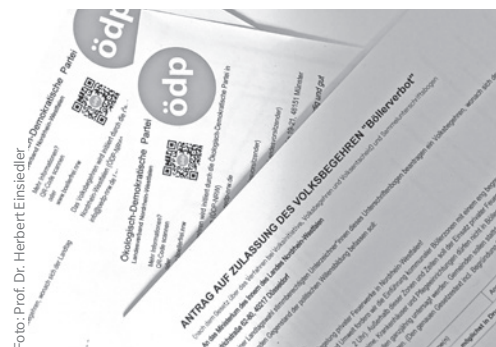
Leider mussten wir in anderen Kommunen auch Mandatsverluste hinnehmen. Das ist bedauerlich – gerade dort, wo engagierte Mitglieder über Jahre hinweg Aufbauarbeit geleistet haben. Trotz allem sind wir fast überall dort, wo wir bereits vertreten waren, weiterhin in den Räten sichtbar.

Natürlich werden wir – in enger Zusammenarbeit mit den Aktiven vor Ort – genau



Unser Kempener Spitzenkandidat Jeyaratnam Caniceus bei einem Infostand mit ÖDP-Fahrrad

analysieren, warum wir manches Ergebnis nicht halten oder verbessern konnten. Aber wir sind überzeugt: Jetzt nur Wunden zu lecken, bringt uns nicht voran. Wir brauchen den Blick nach vorn, um zielgerichtet weiterzuarbeiten. Denn die Kommunalwahlen sind kein isoliertes Ereignis. Sie spiegeln in weiten Teilen die Stimmung in der Bundespolitik wider. Extreme Tendenzen sind deutlich sichtbar, während die moralische,



Unterschriftenformular: Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Böllerverbot“

gemeinwohlorientierte Mitte – die nicht durch Krawall, Lautstärke oder provozierende Parolen auffällt – oftmals weniger Gehör findet. Hinzu kommt eine zunehmende Zergliederung der Parteienlandschaft, die es kleineren, sachorientierten Kräften wie uns erschwert, stabile Mehrheiten zu bilden und Stimmenanteile zu sichern.

Volksbegehren für ein böllerverfreies NRW

Ein heller Moment im zurückliegenden Wahlkampf war der erfolgreiche Start unseres Volksbegehrens für ein Böllerverbot in NRW. Von den RTL-Landesnachrichten bis hin zu einem Leitartikel in einer der führenden NRW-Tageszeitungen – unser Anliegen hat ein enormes Echo gefunden. Die Resonanz zeigt: Wenn die ÖDP Themen setzt, werden diese gehört und stoßen gesellschaftliche Debatten an.

Gleichzeitig haben wir jedoch erlebt, dass verwaltungsrechtliche Hürden und formale Verfahren für erhebliche Verzögerungen gesorgt haben. Diese Verzögerungen führten dazu, dass das Volksbegehren erst nach Abschluss der rechtlichen Klärungen offiziell starten konnte – zu spät, um noch im Kommunalwahlkampf medial aufgegriffen zu werden. Auch wenn dies ärgerlich war, nehmen wir die Botschaft mit: Unsere The-

men sind stark, und sie werden uns auch über den Wahltag hinaus tragen. Wie es mit dem Volksbegehren weitergeht, erfahren Sie auf der Webseite www.boellerfrei.nrw (zum Redaktionsschluss lief noch die Unterschriftensammlung für den Zulassungsantrag).

Vorbereitungen für die Landtagswahl 2027

Mit dem Tag nach der Kommunalwahl hat für uns in NRW bereits die nächste Etappe begonnen – der Vorlauf für die Landtagswahl 2027. Das Volksbegehren ist dafür ein starker Auftakt, der unseren Herzensanliegen des Menschen- und Umweltschutzes Sichtbarkeit verleiht und unseren Anspruch unterstreicht, als konstruktive und gemeinwohlorientierte Kraft die politische Landschaft mitzugestalten.

Auf unserem Landesparteitag im November werden wir die strategischen Weichen für die Landtagswahl stellen. Wir wollen unsere Arbeit in den Kommunen stärken, unsere Strukturen ausbauen und durch gezielte Aktionen weiterhin gesellschaftlich präsent sein.

Unser Dank gilt allen Mitgliedern, Kandidatinnen und Kandidaten, Unterstützerinnen und Unterstützern. Diese haben mit Herzblut Wahlkampf geführt, Gespräche gesucht, Plakate gehängt, Flyer verteilt und die ÖDP in ihren Orten sichtbar gemacht. Gemeinsam gehen wir weiter – konsequent, mutig und mit der Überzeugung, dass eine faire, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Politik mehr denn je gebraucht wird.

ÖDP Nordrhein-Westfalen

Jens A. Geibel, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 17681612
info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de



Rheinland-Pfalz

Landtagswahl: Schwerpunkte Naturschutz, Gesundheit und Demokratie

Die ÖDP in Rheinland-Pfalz hat auf ihrem Landesparteitag in Simmern im Hunsrück ihr Landtagswahlprogramm für die Wahl am 22. März 2026 einstimmig beschlossen. Rund 40 Delegierte befassten sich mit dem von der Landesprogrammkommission unter Leitung von Andreas Rößler (Münster-Sarmsheim) erarbeiteten und vom Landesvorstand eingereichten Landtagswahlprogramm. Wesentliche Schwerpunkte des Programms sind die Themen Naturschutz, Gesundheitsversorgung und Demokratie: „Wir brauchen eine neue, bürgernahe Politik, die demokratisch, sozial und nachhaltig ist. Wir stehen zu unseren Werten, die Natur zu schützen im Einklang aller Lebewesen, und sehen die Entwicklungen an den politischen Rändern mit Besorgnis“, sagte Spitzenkandidat Dr. Claudius Moseler (Mainz).

Krankenhäuser, Landarztpraxen, Dorf-läden, Kultureinrichtungen, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und weitere Strukturen sind für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zu erhalten bzw. auszubauen. Die ÖDP tritt für die Sicherstellung der dezentralen, wohnortnahen ärztlichen Versorgung ein. Eine flächendeckende und gut ausgestattete Klinikinfrastruktur ist überlebenswichtig. „Es dürfen keine weiteren Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz mehr geschlossen werden“, betonten die beiden Landesvorsitzenden Dr. Gitta Weber (Mainz) und Erik Hofmann (Traben-Trarbach).

Auf dem Parteitag wurden außerdem die organisatorischen und strategischen Vorbereitungen zur Landtagswahl am 22. März 2026 besprochen. Spitzenkandidat Claudius Moseler stellte in diesem Kontext den aktuellen Planungsstand vor und berichtete

über die Zusammenarbeit mit den externen Dienstleistern – insbesondere im Bereich der sozialen Medien. Unter Mitarbeit einer strategischen Beraterin wurde ein professionelles Wahlkampfteam für die anstehende Wahlkampagne der ÖDP in Rheinland-Pfalz zusammengestellt.

Neben den Kernthemen Gesundheit und Umwelt wird die ÖDP im ersten Schritt überwiegend Kernbotschaften zum Markenkern platzieren und konsequent wiederholen, wofür die ÖDP steht, um so eine starke Marke mit Wiedererkennungseffekt aufzubauen. Wichtig ist hier der Transport von Werten, Haltung und Vertrauen (Was ist die Mission der ÖDP? Wie arbeitet die ÖDP?), in Abgrenzung zu dem bestehenden Bild der Wählerinnen und Wähler von herkömmlichen Parteien.

Der Landesvorstand bedankt sich noch einmal ausdrücklich beim Kreisverband Rhein-Hunsrück, der den Parteitag in Simmern bestens vorbereitet hatte. Jetzt müssen noch für die Landesliste und die Wahlkreis-kandidaten die erforderlichen Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Weitere Infos zur Wahlkampagne und wie Sie uns unterstützen können, finden Sie unter: www.oedp-rlp.de/wahlen/landtagswahl-2026

ÖDP Rheinland-Pfalz

Dr. Claudius Moseler
2. stv. Landesvorsitzender
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
claudius.moseler@oedp.de
www.oedp-rlp.de



Saarland

Neuer Landesvorstand, Gnadenhof-Besuch und Sommerfest

Unser Landesverband hat auf seinem Landesparteitag am 24. Mai einen neuen Vorstand



Landesparteitag in Gündingen mit dem neu gewählten Landesvorstand (auf der Treppe im Uhrzeigersinn): Andrea und Uli Honecker, Tobias Braun, Claus Jacob, Jorgo Chatzimarkakis, Ralf Pinter, Manuela Ripa, Jutta Goldschmidt; rechts im Bild: Per Zengerly

gewählt. Nach vielen erfolgreichen Jahren als Vorsitzender ist Jorgo Chatzimarkakis nicht mehr angetreten, zum neuen Landesvorsitzenden wurde der bisherige Schatzmeister, Prof. Dr. Claus Jacob, gewählt. Erste stellvertretende Landesvorsitzende bleibt Manuela Ripa, zweiter stellvertretender Vorsitzender Dr. Ulrich Honecker. Neuer Schatzmeister ist Ralf Pinter. Andrea Honecker, Per Zengerly und Tobias Braun komplettieren als Beisitzer/-innen den Vorstand.

Im Rahmen des Parteitags wurden zahlreiche politische Anträge und Leitlinien für einen ökologischen und sozialverträglichen Strukturwandel im Saarland behandelt, darunter die Förderung eines familienfreundlichen und grenzüberschreitenden ÖPNV nach Luxemburg und Frankreich, die Einschränkung von Tierversuchen im Saarland, das Verbot des Abschusses von

Saatkrähen und die gezielte Förderung von Geothermie als nachhaltiger Energiequelle. Typisch saarländisch war dabei auch ein Antrag zur nachhaltigen Ausrichtung des Fußballvereins SV Elversberg, dessen ethische Leitlinien der Landesverband ausdrücklich begrüßt und im Hinblick auf den geplanten Stadionausbau einen Bau in die Höhe statt Fläche fordert.

Unser Landesverband hat über den Sommer an vielen Veranstaltungen teilgenommen, unter anderem an einer Demonstration der „Ärzte gegen Tierversuche“ in Saarbrücken und an dem veganen Hoffest des Gnadenhofs in Heusweiler-Eiweiler, bei dem Manuela Ripa die Schirmherrschaft übernommen hatte und eine ÖDP-Saar-Abordnung den Gastgebern Jutta und Lothar Braun mit der „ÖDP-Ziege Emma“ ein kleines Präsent überreichte. Dies geschah

als Zeichen der Anerkennung für die wertvolle Arbeit zum Wohl der Tiere.

Eine Abordnung der ÖDP Saar überreichte den Betreibern des Gnadenhofs die „ÖDP-Ziege Emma“ aus Edelrost (von links): Ralf Pinter, Claus Jacob, Jutta Braun, Manuela Ripa, Lothar Braun, Ulrich, Andrea und Julien Honecker, Jutta und Andreas Goldschmidt.

Das traditionelle Sommerfest Mitte September, diesmal bei den Honeckers in Wahlschied, stand dann bereits im Zeichen des heraufziehenden Wahlkampfes zur Landtagswahl 2027. Wir möchten wieder mit Landes- und Wahlkreislisten antreten und früh mit dem Sammeln der fast 1.000 benötigten Unterstützungsunterschriften beginnen.

ÖDP Saarland

Prof. Dr. Claus Jacob
Landesvorsitzender
Tel.: 01573 0784388
claus.jacob@oedp.de
www.oedp-saar.de



Schleswig-Holstein

ÖDP setzt mit Olaf Kipp in Norddeutschland ein Ausrufezeichen

Unser Elmshorner Mitglied, Kreisvorsitzender der ÖDP im Kreis Pinneberg und stellvertretender Landesvorsitzender, Olaf Kipp hat bei der Oberbürgermeisterwahl 2025 in seiner Heimatstadt Elmshorn am 28. September 2025 die Stimmen von 5,9% der Wählerinnen und Wähler gewonnen. Damit ist er zwar nicht Oberbürgermeister geworden, hat aber doch der öko-demokratischen Politik zu einer breiten Sichtbarkeit verholfen. Denn sein Ziel war es, zu zeigen, dass die ÖDP auch im Norden etwas erreichen kann. Aber nicht nur die ÖDP woll-

te er bekannter machen, sondern auch das Schicksal der Abgehängten in der Gesellschaft, indem er ihnen eine Stimme verlieh. Außerdem war ihm wichtig, dass in einer Stichwahl um die besten Lösungen gerungen wird, was ihm auch gelungen ist.

In seinem Wahlkampf bekam Olaf Unterstützung von André Bujok aus dem Hamburger ÖDP-Landesvorstand, der als Wahlkampfmanager dabei war. Aber auch Mitglieder der Landesverbände Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Mitglieder des ÖDP-Bundesvorstands sowie Freunde und Bekannte von Olaf haben im Wahlkampf bzw. bei der Einrichtung eines Büros unterstützt. Nicht zuletzt hat das JÖ-Mitglied Peer-Olaf, der 13-jährige Sohn von Olaf, tatkräftig mitgeholfen.

Die lokale Presse hat über die ÖDP und Olaf positiv geschrieben und war heiß auf die neuen Gesichter in der Lokalpolitik. So war es auch einem Artikel in der Presse zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften zu verdanken, dass ÖDP-Kandidat Olaf Kipp auf dem Wahlzettel erschien.

Bei der Zulassung hat der amtierende Oberbürgermeister Volker Hatje unserem Kandidaten Olaf Kipp seinen Respekt ausgesprochen und die Mitarbeiter vom Wahlamt für die Zuarbeit bei der Wahlzulassung gelobt.

Im Wahlkampf bekamen wir die Gelegenheit, auf Podien von Kinderstadt Elmshorn, Einwandererbund, Erich Kästner Gemeinschaftsschule (Stadt Elmshorn), Haus 13 (Elmshorner Nachrichten/SHZ) und der Türkisch Islamischen Gemeinde zu sprechen. Auch das Social-Media-Projekt „Wir sind Elmshorn“ berichtete über Olaf als einen der drei OB-Kandidaten.

Der Kreisverband Pinneberg organisierte einen Lauf und eine Fahrradtour mit



Bei einem Infostand in Elmshorn (von rechts): OB-Kandidat Olaf Kipp, Wahlkampfmanager André Bujok und ÖDP-Bundesvorsitzender Günther Brendle-Behnsch

dem Oberbürgermeisterkandidaten. Beim Elmshorner Stadtlauf wiederum betrieb der Kreisverband eine Wasserstelle sowie eine Zone zum Anfeuern der Läuferinnen und Läufer vor Olafs Büro. Er selbst war beim Stadtlauf ebenfalls am Start.

Insgesamt wurden im Wahlkampf mehr als 100 Plakate gehängt, zwei Banner und ein Roll-up eingesetzt sowie ca. 15.600 Flyer, 250 Müsliriegel, etliche Einkaufswagenchips, Kugelschreiber, Saatbeutel, Luftballons, Taschen und Klebetattoos verteilt. Dankbar war das Team von Olaf aber auch für das schöne Material, das unsere Europaabgeordnete Manuela Ripa für die Wahlparty bereitstellte.

In einigen Stadtwahlkreisen konnte Olaf mehr als 10% der Stimmen holen. Dabei erstreckte sich die Wählerschaft von Jung bis Alt, von Einheimischen bis zu Migranten und von Bedürftigen bis hin zu Privilegierten. Bei der Wahlparty feierten Olaf und sein engagiertes Team gemeinsam mit inte-

ressierten Wählern. Mit diesem feierlichen Abend war aber noch nicht alles vorbei: Im Stichwahlkampf unterstützte das „Team Olaf“ dann das „Team Arne“, was von Letzterem dankbar angenommen wurde.

Die Elmshorner OB-Wahl 2025 belegte, dass die ÖDP auch im Norden etwas erreichen kann. Olaf wird auch heute noch von Menschen angesprochen, für seine gute Arbeit gelobt und ermutigt weiterzumachen. Nichts anderes hat Olaf Kipp im Sinn und lädt alle Interessierten ein, sich seinem Team anzuschließen: „Jedes einzelne Mitglied zählt und stärkt unsere Position, um auch an den kommenden Wahlen teilnehmen zu können.“

ÖDP Schleswig-Holstein

Olaf Kipp, stv. Landesvorsitzender
Tel.: 0176 32346231
olaf.kipp@oedp.de
www.oedp-sh.de



Frauen

Frauenpower in der ÖDP gesucht!

Der BAK Frauen ist das Herzstück unserer Gleichstellungsarbeit. Aber jetzt braucht er neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Anlässlich des Weltfrauentags 2024 schrieb ich, Kirsten Elisabeth Jäkel, bereits:

„Seinerzeit (1970) mussten Frauen noch ihre Männer fragen, ob sie arbeiten gehen dürfen, und das ‚Patriarchat‘ war im vollen Gange.

Gleiche Löhne für gleiche Arbeit, größere Selbstbestimmung und nicht das Aussehen als Garant für bessere Chancen sind nur einige Forderungen von seinerzeit.

Heute, am Weltfrauentag, lohnt sich ein Blick zurück. Was haben wir bis heute erreicht?

Nun, wir müssen heute nicht mehr unsere Männer fragen, ob und wo wir arbeiten gehen. Wir Frauen können um ein Vielfaches selbstbestimmter leben. Das sind schon einmal große Fortschritte, in der noch immer von Männern dominierten Welt. Auch die Tatsache, dass immer häufiger Frauen in Führungspositionen und in der Politik zu finden sind.

Wo es aber noch immer fehlt, ist die Gleichstellung der Frauen bei den Gehältern. Auch wird die sogenannte Care-Arbeit überwiegend von Frauen geleistet. Dies aber leider ohne eine entsprechende Entlohnung. Dadurch können Frauen nicht die Leistungen im Berufsleben erbringen wie Männer, was zur Folge hat, dass sie im Alter weniger Rente erhalten. Altersarmut ist bei Frauen viel häufiger anzutreffen als bei Männern.“

Diese Worte sind aktueller denn je. Ja, es gibt Fortschritte – doch die gesellschaftliche Wirklichkeit zeigt: Die Gleichstellung ist längst nicht erreicht. Frauen leisten weiterhin den Großteil der unbezahlten Sorge-



arbeit, sie sind häufiger von Altersarmut betroffen, und gleiche Arbeit wird noch immer nicht gleich entlohnt.

Politisch heißt das: Es bleibt viel zu tun! Auch unsere EU-Abgeordnete Manuela Ripa zeigt im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) im Europäischen Parlament, wie notwendig diese Arbeit ist. Damit unsere Partei diese Fragen engagiert und kompetent aufgreifen kann, braucht es den Bundesarbeitskreis Frauen.

Warum mitmachen?

- Frauenrechte stärken und politisch sichtbar machen
- Themen wie Care-Arbeit, gerechte Bezahlung und Altersarmut in Partei und Gesellschaft tragen
- Mitgestalten, vernetzen und Verantwortung übernehmen

Doch seit Anfang des Jahres ist dieser wichtige Arbeitskreis ohne Leitung. Ich selbst habe mich angeboten, Verantwortung zu übernehmen – aber alleine geht es nicht. Deshalb mein Aufruf: Wir suchen Frauen – und gerne auch Männer –, die mitgestalten, Ideen einbringen und Verantwortung übernehmen.

Lasst uns gemeinsam den BAK Frauen wieder mit Leben füllen! Es gibt genug Aufgaben, Themen und Chancen, um die Stimmen der Frauen in der ÖDP deutlich hörbar zu machen. Wer Interesse hat, möge sich bitte bei mir melden – wir organisieren zeitnah eine erste Online-Sitzung.

Kirsten Elisabeth Jäkel
1. stellv. Bundesvorsitzende
kirsten-elisabeth.jaekel@oedp.de

Lassen Sie sich nichts unterjubeln!

Haben Sie bemerkt, dass seit der letzten ÖP-Ausgabe manches anders ist?

- Papier: Ein etwas helleres Material, aber auch wieder zertifiziert und zu 100 % aus recyceltem Altpapier.
- Layout: Aktualisierte Design-Elemente, ein farbiger Umschlag und eine leicht vergrößerte Schrift.
- „ÖDP aktiv!“: Aus der früheren gleichnamigen Beilage wurde eine neue Rubrik mit Anregungen für eigenes Engagement vor Ort.
- Kurzmeldungen: Pressemitteilungen und sonstige Neuigkeiten aus dem ÖDP-Kosmos im Überblick.
- Staffelpreise: Wer die ÖP verteilen oder auslegen möchte, profitiert von günstigeren Preisen im ÖDP-Shop.

Mit Erscheinen der letzten Ausgabe hatten wir eine kurze Umfrage gestartet. Darin möchten wir wissen, wie die neu gestaltete ÖP bei Ihnen ankommt. Falls Sie noch nicht an der Umfrage teilgenommen haben, können Sie dies bis spätestens 04.01.2026 nachholen und in wenigen Minuten Ihre Einschätzung zu den Neuerungen abgeben. Herzlichen Dank!

<https://umfragen.oedp.de/oekologiepolitik200>



Umfrage zur neu gestalteten ÖkologiePolitik

Liebe Leserinnen und Leser der ÖkologiePolitik,

mit dieser Umfrage möchten wir gerne von Ihnen erfahren, wie die an der 200. ÖP-Ausgabe vorgenommenen und seitdem beibehaltenen Änderungen bei Ihnen ankommen. Dabei geht es insbesondere um das Papier, die Gestaltung und neue Rubriken.

Wir freuen uns, wenn Sie sich für die Umfrage ca. 5 min Zeit nehmen.

Ihr Team der ÖkologiePolitik

Screenshot

Scan me

Mehr ÖkologiePolitik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- € (per Post) bzw. für 10,- € (per E-Mail) im Jahr abonnieren. Alle Infos erhalten Sie unter:

www.oekologiepolitik.de/abonnement/



IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 1. Januar. 2026

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Interviewpartner/Gastautoren

Ulrike von Arnim, Dr. Barbara Kramm,
Dr. Bernd Schöben

Grafik/Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise, Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

Veränderung beginnt vor Ort



In der Nachbarschaft herrscht tote Hose, die Fahrradwege sind Holperpisten und auf dem Platz um die Ecke lässt es sich im Sommer kaum aushalten? Über solche Probleme kann man trefflich schimpfen. Oder selbst den eigenen Schweinehund überwinden und in der Kommunalpolitik aktiv werden.

von Jan Altnickel, ÖP-Redaktion

Kommunalpolitik wird in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Verwaltungsbezirken gestaltet. Nach dem Prinzip der „kommunalen Selbstverwaltung“ dürfen Gemeinden und Gemeindeverbände (z.B. Kreise) „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung“ regeln – so steht es im Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2). Während die Kommunen insbesondere bei freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten großen Spielraum haben, müssen sie bestimmte Pflichtleistungen nach Landes- oder Bundesvorgaben erledigen.

Um Pflichtaufgaben wie Wahlen, Pass- und Meldewesen oder „pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben“ wie Kindertagesbetreuung und Straßenreinigung erfüllen zu können, werden Kommunen an den Steuereinnahmen beteiligt. Denn sie selbst haben nur begrenzten Einfluss, die Einnahmenseite an ihre Bedürfnisse anzupassen. Sind die eigenen Mittel erschöpft, können freiwillige Leistungen wie der Betrieb von Sportanlagen, kulturelle Angebote oder Klima- und Artenschutzmaßnahmen oftmals nur über Fördermittel, im Rahmen von Kooperationen und/oder mithilfe von ehrenamtlichem Engagement realisiert werden. Am Anfang

steht nicht selten die Initiative von motivierten Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die mit einer Anfrage oder einem Antrag den Stein ins Rollen bringen.

Wie der Einstieg in die Kommunalpolitik gelingt

Wer in die Kommunalpolitik einsteigen und vor Ort Dinge verbessern möchte, ist mit einem Engagement im Gemeinde- bzw. Stadtrat gut beraten. Insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben gibt es weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten. Aber auch bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben lassen sich viele Akzente setzen und damit die Lebensverhältnisse vor Ort verbessern.

Wenn Sie in Ihrer Gemeinde wählen dürfen, können Sie dort auch für ein kommunales Mandat kandidieren. Worauf also noch warten? Starten Sie jetzt in die Kommunalpolitik!

1. Machen Sie sich mit wichtigen **Begriffen und Strukturen** vertraut. Hierzu haben wir verschiedene Buch- und Online-Tipps zusammengestellt: www.t1p.de/fcp74
2. Werden Sie sich klar, welche **Rolle in der Kommunalpolitik** Sie anstreben. Durch unverbindliche Teilnahme an öffentlichen Ratssitzungen oder sonstigen Terminen

können Sie ein Gespür z.B. für die Arbeit eines Gemeinderats entwickeln.

3. Informieren Sie sich bei Ihrer Gemeinde- oder Stadtverwaltung, mit welchem **Zeitaufwand** für Sitzungen und sonstige Termine Sie bei dem angestrebten Engagement rechnen müssen, welche **Rechte und Pflichten** Sie haben und welche **Entschädigungen bzw. Erstattungen** gewährt werden (bei unvermeidbaren Überschneidungen eines öffentlichen Ehrenamts mit beruflicher Arbeitszeit müssen Sie vom Arbeitgeber freigestellt werden, erhalten dafür aber vom Staat eine Entschädigung).

4. Wenn Sie für ein Kommunalparlament kandidieren möchten, suchen Sie sich vor der nächsten Kommunalwahl eine **Partei oder Wählergruppe**, die Sie auf ihre Liste wählt (als Einzelperson können Sie nur für bestimmte Ämter kandidieren). Die ÖDP ist insbesondere im süddeutschen Raum schon in vielen Kommunalparlamenten vertreten (www.oedp.de/partei/kommunale-mandatstraeger). Nehmen Sie aber auch gerne Kontakt zu uns auf, wenn Sie in einer anderen Gegend leben. Wo möglich, vernetzen wir Sie anschließend mit anderen Aktiven und unterstützen Sie beim Wahltritt. Die Kontaktdaten finden Sie über die o. a. Webseite.

5. Als ÖDP-Mitglied können Sie sich im Bundesarbeitskreis Kommunalpolitik und auf unserer internen Online-Plattform „orangeaktiv“ informieren und austauschen, welche **Erfahrungen** andere Mitglieder bereits in der Kommunalpolitik gemacht haben (kostenlosen Zugang bestellen: orangeaktiv@oedp.de). Zudem finden Sie auf orangeaktiv im „Leitfaden für aktive Mitglieder“ (www.t1p.de/gnxt2) in Kapitel 4 nützliche **Informationen für den Wahlkampf**.

6. Suchen Sie **Kontakt zu aktiven ÖDP-Mitgliedern** in Ihrer Umgebung – oder zu ähnlich gesinnten Menschen, wo noch keine ÖDP-Strukturen bestehen (etwa in Bürgerinitiativen und Vereinen).

7. Bereiten Sie gemeinsam mit Ihren Verbündeten den **Wahlkampf** vor. Werbematerialien können Sie im ÖDP-Shop bestellen (<https://www.oedp-shop.de/werbebeschenke>). Gerne unterstützen wir Sie auch bei Plakaten und Flyern.

8. Wo dies nicht per Pressemitteilung eines bestehenden ÖDP-Verbands erfolgen kann, nehmen Sie selbst Kontakt auf zur örtlichen **Presse**, um sich als Kandidat/-in vorzustellen.

9. Machen Sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten den **Menschen in Ihrer Kommune** bekannt und suchen Sie – z.B. in den sozialen Netzwerken, bei Wahlkampfveranstaltungen oder Infoständen (frühzeitig anmelden!) – den Dialog mit ihnen; nehmen Sie Anliegen aus der Bürgerschaft auf, entwickeln Sie gemeinsam Lösungen und stellen Sie eigene Vorschläge zur Diskussion.

10. Falls Sie im ersten Anlauf nicht in das gewünschte Gremium bzw. das angestrebte Amt gewählt wurden, haben Sie für die nächste Wahl eine wichtige Vorarbeit geleistet. Und wenn es doch gleich beim ersten Mal klappt, herzlichen Glückwunsch! So oder so können Sie gemeinsam mit der ÖDP daran arbeiten, dass in Ihrer Kommune eine **enkeltaugliche Politik** Einzug hält – wir unterstützen Sie gerne dabei!



Entwicklung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung

Der Stiftungsvorstand der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung um Thomas Schiffelmann (Vorsitzender), Martin F. Dreß (stv. Vorsitzender), Doris Hüben-Holomos (Schatzmeisterin) und Wolfgang Königbauer (Vorstandsmitglied) traf sich August 2025 zu seiner dritten Vorstandsklausur in Böttigheim bei Neubrunn. Nachdem im ersten Jahr seit Anerkennung der Stiftung (23.09.2024) durch die Regierung von Oberbayern das Grundstockvermögen angelegt, die erforderlichen Versicherungen abgeschlossen und wichtige Richtlinien (u. a. Einkaufs-, Förder- und Anlagerichtlinien) sowie eine Geschäftsordnung für den Stiftungsvorstand erarbeitet und beschlossen wurden, ging es bei dieser Stiftungsklausur im Wesentlichen um die Prüfung der ersten Förderprojekte. Dabei wurden die Abrechnungen der geförderten und bereits stattgefundenen Projekte gesichtet und die Ergebnisse bewertet. Der Stiftungsvorstand kam zu dem Schluss, dass alle Förderprojekte fristgerecht abgerechnet und dokumentiert wurden. Die Berichte zur erfolgreichen Umsetzung politischer Bildungsarbeit sowie von den immer wichtiger werdenden Umwelt- und Naturschutzprojekten haben den Stiftungsvorstand darin bestätigt, die richtige Auswahl getroffen zu haben.

Erfreulicherweise konnte dieses Jahr zudem die erste „Unterstiftung“ errichtet werden. Das ÖDP-Mitglied Andreas Strecker gründete nämlich mit 44.500 Euro den „Strecker Ouroboros - Stiftungsfonds“ unter dem Dach der rechtlich selbstständigen Maria Opitz-Döllinger Stiftung. Bei diesem

Stiftungsfonds handelt es sich um eine mit einem individuellen Namen versehene Zuwendung an die Maria Opitz-Döllinger Stiftung. Mit dem „Strecker Ouroboros - Stiftungsfonds“ sollen gemeinnützige Projekte gefördert werden, die nach Abstimmung



Foto: Thomas Schiffelmann

Sichtung und Bewertung der bereits stattgefundenen Förderprojekte

mit dem Vorstand der Maria Opitz-Döllinger Stiftung in Trägerschaft einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft realisiert werden. Dabei machte Andreas Strecker von einer Besonderheit im deutschen Steuerrecht Gebrauch: Wird eine Erbschaft oder ein Vermächtnis ganz oder teilweise innerhalb von 24 Monaten nach Erbanfall in eine gemeinnützige inländische Stiftung eingebracht, wird die bereits gezahlte Erbschaftsteuer komplett oder anteilig erstattet. Ein ähnlich gelagerter Fall liegt bei einem potenziellen Zustifter vor, der sein Grundstück in die Maria Opitz-Döllinger Stiftung einbringen möchte. Dazu war der Stiftungsvorstand während seiner Klausurtagung gemeinsam mit dem Eigentümer vor Ort, um das Grundstück zu besichtigen.

Die erste Jahresrechnung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung ist erstellt und – nach eingehender Prüfung – durch den Stiftungsvorstand auf seiner Klausurtagung genehmigt. Die Jahresrechnung 2024 wurde sodann gemeinsam mit dem satzungsmäßigen Bericht zur Erfüllung des Stiftungszwecks fristgerecht an den Stiftungsrat versandt. Somit sind stiftungsseitig weiterhin alle Voraussetzungen gegeben, um die Klage zur Teilhabe an der staatlichen Finanzierung von parteinahen Stiftungen zu gewinnen, die die ÖDP im letzten Jahr beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatte. Unabhängig von dieser noch ausstehenden Entscheidung hatte die Stiftungsaufsicht der Regierung von Oberbayern jedoch signalisiert, dass für die dauerhafte rechtliche Anerkennung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung weitere Zustiftungen eingehen müssen. Mit Ihrer Zustiftung ab 1.000 Euro können Sie uns helfen, diese entscheidende Bedingung zu erfüllen.

Selbstverständlich erhalten Sie als Zustifter/-in dafür umgehend eine Zuwendungsbestätigung. Zustiftungen in den Grundstock einer Stiftung sind übrigens steuerlich

Empfänger:
Maria Opitz-Döllinger Stiftung
IBAN: DE19 3702 0500 0020 1993 61
Verwendungszweck: Zustiftung

besonders privilegiert. Denn diese Art der Zuwendung kann – bis zum Gesamtbetrag von einer Million Euro – im Jahr der Zuwendung und in den darauffolgenden neun Veranlagungszeiträumen als Sonderausgabe geltend gemacht werden (§ 10b Abs. 1a EStG, § 9 Nr. 5 S. 3 GewStG). Der/die Zuwendende kann diese Steuererleichterung jedoch nur einmal innerhalb des gewährten Zehnjahreszeitraums in Anspruch nehmen und muss sie in seiner Einkommensteuererklärung beantragen: Er/Sie gibt an, in welcher Höhe die Zuwendung in den Vermögensstock einer Stiftung behandelt wird und mit welchem Betrag sie im aktuellen Veranlagungszeitraum berücksichtigt werden soll. Diese Regelung gilt zusätzlich zum normalen Spendenabzug.

Weitere Informationen und Rückfragen schreiben Sie gerne an: info@mod-stiftung.de

Thomas Schiffelmann



Der Stiftungsvorstand besichtigt persönlich das Grundstück.

Foto: Thomas Schiffelmann

Gemeinsam für gute Lebensverhältnisse sorgen

In jeder Stadt oder Gemeinde sollte ein gesundes, erfüllendes Leben in einem friedlichen Miteinander möglich sein. Das ist uns als ÖDP ein Herzensanliegen. Aber verändern können wir nur dort etwas, wo wir Mitglieder haben – sei es durch politisches Engagement in der Kommune oder durch Unterstützung anderer. Als ÖDP-Mitglied haben Sie Zugang zu langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung und stärken die wichtige Arbeit vor Ort. Seien Sie dabei!



Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtsstag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular: www.oedp.de/mitgliedschaft



Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 8,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Politik braucht Schulung!



Gute Schulung ist ein Beitrag zu guter ÖDP-Politik. Die ÖDP wird daher ein Schulungsprogramm für Aktive aufbauen. Doch ...

Schulung kostet! Und ...
Ohne Moos nix los!

Die ÖDP nimmt keine Konzernspenden an. Daher ist sie auf Privatspenden angewiesen. Um ein Schulungsprogramm für Aktive finanzieren zu können, **bitten wir um Ihre/Deine Spende.**



Empfänger:
Ökologisch-Demokratische Partei
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE47 3702 0500 0009 8152 01
BIC: BFSWDE33XXX
Zweck: Schulungsprogramm

Bitte vormerken!

30.08.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen in Hannover
www.oedp-niedersachsen.de

06.09.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Hessen in Frankfurt a. M.
www.oedp-hessen.de

04.10.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz in Simmern (Hunsrück)
www.oedp-rlp.de

17.-19.10.2025 (Fr.-So.)
65. ÖDP-Bundesparteitag in Bingen (RP)
www.oedp.de

25.10.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Thüringen in Apfelstädt
www.oedp-thueringen.de

08.11.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg in Gerlingen
www.oedp-bw.de

15.11.2025 (Sa.)
ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg
www.oedp.de

21./22. oder 22./23.11.2025
Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen
www.oedp-nrw.de

21.-23.11.2025 (Fr.-So.)
5. Treffen der ÖDP-Landesverbände in den neuen Bundesländern in Höfgen
www.oedp-sachsen.de

22.11.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Bayern in Regensburg
www.oedp-bayern.de



ÖkologiePolitik
Thema im Januar 2026:
Wasser

ÖkologiePolitik weiterempfehlen
und abonnieren! Gedruckt oder online.
www.oekologiepolitik.de



Werden Sie Mitglied!
www.oedp.de

